

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Mus.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sieben spaltenen Seiten.
Zeitung 1,- Mark.
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei
20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adresse:
Verband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Wiedruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Essen.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Niemehausstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Instanzen an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Steigerverband.

Und fliegt ihr auf die Straße,
Und weht ein scharfer Wind —
Ihr müßt die Wege wandern,
Die wir gewandert sind. —

Dieselben rauen Wege,
Mit Klippen und mit Dorn,
Geheft von gleicher Hetze,
Mit Peitsche und mit Sporn. —

Und war't in früheren Tagen
Ihr andern Sinnes wohl,
So seid ihr jetzt kurieret
Von eurem Wahnsinod. —

Ob Treiber oder Fröner,
Der Name ist egal,
Sie dulden keine Meinung,
Die Herrn vom Kapital. —

Gefügig, nur gefügig,
Das ist bei ihnen Recht —
Sie kennen nicht den Menschen,
Sie kennen nur den Knecht. —

sein wollte! „Bernhard muss nach Berlin!“ Freilich ist der Mitwisser fast gerade so schlimm wie der Täter. Harden kannte seit Jahren die Politik der Adelsgesellschaft, er aber beschränkte sich auf dunkle Andeutungen, seit Jahren wußte er von den Schweineresten der Päderasten, er aber nahm immer noch nicht das Werk, bis es nichts mehr zu halten gab und schließlich erfährt die Leidenschaft erst aus dem Prozeß heraus Dinge, die im ganzen Volke das höchste Erstaunen hervorrufen müssen. Und immer noch wissen wir nicht, was Harden weiß, worüber er die Akten noch heute geschlossen hält. Ein solcher Mann mutt schließlich den Vorwurf auf sich setzen lassen, daß er aus ganz anderen Gründen heraus, als dem deutschen Volke zu dienen, seine Entschlüsse stückweise preisgibt. Über das, was wir jetzt schon wissen, genügt, um uns ein Urteil zu bilden, wie es in den höheren Regionen aussicht.

Wenn Moltke die Ehe für eine Schweinerest hält, eine Frau als Klosett bezeichnete, so ist das eine Bestimmung, wie sie sich bei den Edelsten und Besten ebenso oft vorfinden mag, wie in Zuhälterkreisen. Diese Sprache entspricht vollkommen den Anschauungen, wie sie sich bei Menschen bilden, denen Liebe und Ehe nur als künstliches Objekt bestimmt ist und die sie als solche auch betrachten. Und doch, Moltke gilt als der am wenigsten Belastete. Andere haben es weit schlimmer getrieben. Sie, die Freunde Moltke schenken nicht zurück, die abhängige Stellung des Soldaten zu bemühen, um diese ihren perversen Gesetzten zu unterwerfen. Indem man mit den Söhnen des Volkes widernatürliche Unzucht trieb, wohl wissend, daß deren militärische Stellung feindkäfigen Widerstand zuließ, hat man gezeigt, wozu das Volk gut genug ist. Mit der Schändung der Soldaten schändete die adelige Brust das arbeitende Volk. Nicht genug, daß das Volk für den Militarismus Gut und Blut hergeben muß, nein, wir müssen auch erleben, wie unsere Söhne, unsere Brüder, den zentralen Gelüsten perverser Vorgesetzter zum Opfer fallen. Auch mehr noch. Die Herrschaften fühlen sich in ihrer Rangstellung so erhaben und so gesetzigt, daß sie selbst höhere Angestellte mit ihren Anträgen verfolgten. Harden will wissen, daß man sogar dem Minister v. Bethmann-Hollweg — dem Polizeiminister — unzählige Anträge gemacht hat. Höher hinaus gehts nicht! Wir verhindern uns nicht, wenn wir als Gewerkschaftsorgan gegen solche Vorkommnisse Front machen. Und wir haben Ursache dazu.

„Man gibt in unseren Staaten meistens der Gerechtigkeit eine Form, die schrecklicher ist als die Ungerechtigkeit selbst.“ Seume.

Unter der Flagge des Zentrums!

„Man gibt in unseren Staaten meistens der Gerechtigkeit eine Form, die schrecklicher ist als die Ungerechtigkeit selbst.“ Seume.

Wenn wir als Gewerkschaftsorgan an dieser Stelle uns einmal mit Vorkommnissen, die sich in letzter Zeit auch außerhalb unseres Berufslebens abspielten, befassen, dann mögen uns das unsere Kameraden verzeihen. Es gibt eben Dinge im öffentlichen politischen wie jugendlichen Leben, denen wir auch als Gewerkschaftsorgan nicht aus dem Wege gehen können. Bewußt, wie sind Gewerkschafter, wie sind aber auch Männer und Bürger und als solche mitverpflichtet uns über außerberufliche und außergewerkschaftliche Vorgänge auszusprechen, und ist. Das ist umjomaehr Pflicht, wenn Zustände eintreten, die die ganze Volksseele aufwühlen müssen, die öffentliche Meinung aufspießen. Man nehme jetzt nur die Tageszeitungen in die Hand und verfolge die verdeckten Vorkommnisse in Deutschland, dann frage uns einer, ob wir als Gewerkschaftsorgan Gnade bei Fuß halten sollen. Wir sagen uns, wenn in unserem Vaterlande sich Dinge abspielen, die Gefahren für das ganze Volksum in sich bergen, dann wollen wir dazu beitragen, diese Gefahren von uns abzuwenden, schließlich sind wir als Arbeiter und Gewerkschafter der leidende Teil mit. Ist es so, dann ist wie gesagt, Schweigen Sünde, Reden aber Pflicht!

Im Hintergrunde der öffentlichen Diskussion steht zur Zeit der Harden-Moltke-Standal, der im Gerichtssaale in Berlin-Moabit seinen vorläufigen gerichtlichen Abschluß gefunden hat. Dieser Prozeß ist es, dem wir zunächst auch in unserm Verbandsorgan einige Worte widmen möchten.

Der Verlauf des Prozesses ist bekannt, ebenso seine Vorgeschichte; wir haben darum nicht nötig, alle Einzelheiten durchzugehen. Für uns ist der Prozeß insoweit von Interesse, als er uns in einen Schlag in hineinschlagen ließ, wie er sich schlimmer nicht gedacht werden kann. Wir müssen schon kläräuse lesen über das Hofs Leben russischer Kaiser, besser noch das der Kaiserinnen, wie müssen uns unsere Erinnerungen wachrufen über alle die Skandale, die den Hof zu Versailles vor der großen Revolution berührten machten, und wir müssen uns im Geiste in die Zeit zurückversetzen, wo das sogenannte „Kloster der alten Welt“ sich einen Namen zu machen musste und wo das geile widernatürliche Bastard der „ewigen Stadt“ diese dem Verfall entgegensehrt. Jawohl, an alle diese historischen Momente müssen wir uns erinnern, sobald sich unsere Aufmerksamkeit dem Leben und Dichten einer Gruppe von Leuten zuwendet, die sich zu den „Besten und Edelsten“ unserer Nation zählt, die sich nicht nur berufen fühlt als die festeste Stütze von Thron und Altar zu gelten, sondern die sich auch anmaßt, Mitregierung der 60 Millionen Staatsangehörigen in Deutschland zu sein. Wäre das letztere nicht der Fall, dann hätte die Presse keine Ursache, die Vergehen dieser perversen Gesellschaft anders zu behandeln, als die Schandtaten ganz gewöhnlicher Verbrechergruppen. Und wer der Theorie huldigt, daß die Päderastie als angeborene Krankheitserkrankung die Menschen zu widernatürlichen, wenn auch schweinähnlichen Handlungen treibt, der könnte unterwegs ein furchtbares Misstrauen mit der von dieser Krankheit betroffenen Adelsgruppe aufkommen lassen.

So aber handelt es sich um Menschen, die als hohe Würdenträger, als die nächste Umgebung der Krone einen ganz besonderen Einfluss auf unsere deutsche Politik und auf das öffentliche Leben ausüben. Die E.enburg, Moltke, Hohenan, Lynar, Brinck von Kurland und andere sahen in Stellungen, von denen aus deutsch-preußische Politik gemacht wurde. Und was für eine Politik? Hier hilft kein Ausreden. Diese Gruppe hat die Krone, und sehr oft mit Erfolg, zu beeinflussen gesucht, stürzte Minister, erhob andere wieder zu diesen Ehrenstellen. Sie war es, die in den Herzen Rücken der Diplomatie einen Bretz zusammenführte, der imstande war, Nationen ins Unglück zu stürzen. Und warum sollen wir Harden keinen Glauben schenken, wenn er im Gerichtssaal darlegt, wie hier selbst vom deutschen Kaiser als vom Liebchen gesprochen wurde, warum ihm nicht glauben, daß sogar der jetzige Reichskanzler Bülow gegen seinen Willen und den Willen seiner Gemahlin die Reichskanzlerschaft einnehmen müsse, weil Eulenburg mit Schürze machen, aber nicht selbst König

geworden ist? Wie nachträglich verlautet, soll sich der Staatsanwalt einiger der adeligen Gefallen angenommen und das Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet haben. Eine Bestätigung dieser Meldung ist erst abzuwarten. (S. 9.)

Und es ist hochtrügerisch, daß dem Zentrums energisch zu Leibe gerichtet wird, was dadurch am besten geschieht, wenn man den breiten Massen des Volkes mehr Einfluß auf die politische Gesetzgebung einräumt. Zumindest muß der bestehende Parlamentarismus gestärkt werden. Nicht nur nach der Richtung hin, daß man den einzelnen Parlamenten die Befugnisse, im Staatsleben besser eingreifen zu können, erweitert. Die Regierung wie ihre Beamten, Minister usw. müssen einer größeren Abhängigkeit den Parlamenten gegenüber unterworfen werden. Die Beamten- wie Ministerverantwortlichkeit darf nicht, wie heute, ein Zerrbild sein. Den Parlamenten muß die Befugnung zu den Regierungssätern, wie auch das Absetzungrecht in die Hände gegeben werden. Wir wollen dann sehen, ob zwischen Volk und Regierung das gesuchte Verhältnis von heute nicht beseitigt werden kann. Selbstverständlich muß auch dem Volke auf den Parlamentarismus mehr Einfluß zugetragen werden. Die Wahlen zu den Parlamenten müssen allgemeine, freie, gleiche und direkte sein. Nicht darf das Wahlrecht, wie in Preußen, auf der Größe des Geldes beruhen. Das Dreiklassenwahlrecht hat heute jedeidet die Mitwirkung der breiten Massen im preußischen Parlament aus, und es ist darum kein Wunder, wenn unser Abgeordnetenhans mit zu den volksfeindlichsten der ganzen kulturellen Welt gerechnet werden muß.

Die Wahlfreigeometrie, die Konzentration der Industrie auf einzelne Bezirke wie auf die einzelnen Städte hin, dann wieder die Abhängigkeit weiter Wählerkreise hat es mit sich gebracht, daß das Zentrums im preußischen Landtag die erneute Gruppe spielt, die Junker, die sich fast in sämtlichen Parteien breit machen und die rücksichtslos ihre Interessen wahrzunehmen wissen. Nicht nur in Arbeitertreffen wird das Zentrallregiment hart empfunden.

Junkerlicher Geist weht uns wie Mordergeist aus längst vergangenen Zeiten aus allen Winkeln des Staatsweises entgegen. Und der Einfluß des Zentrums auf die Regierungen wie auf das Staatsleben muß verheerend und verpeinend wirken. Freilich nicht nur von Zuntersingen allein wölzt sich die Schlammflut einher, nicht nur auf Zuntersingen wie Liebenberg, werden die Häden der Kammerillen gepöppen, wir sehen auch wie die Industrie Individuen auspeit, die an Volksfeindlichkeit den Junkern wenig oder garnichts nachstehen. Wenn es sich darum handelt, dem arbeitenden Volke zu begegnen, dann treffen sich Vertreter der modernen Industrie und die Epigonen mittelalterlicher Herrlichkeit immer zusammen. Das müssen die Arbeiter und auch die Bergarbeiter recht oft am eigenen Leibe spüren.

Wir sind gewiß, welche in den Parlamenten, vornehmlich im preußischen Landtag, ein fortschrittlicher und auch nur ein halbwegs arbeiterfreundlicher Geist, es türmten sich in den Bergbauvereinen nicht Leichenhügel auf Leichenhügel. Wir erfreuten uns schon längst einer besseren Bergarbeiter-Schutzgesetzgebung als wie wir sie augenblicklich haben. Welche Klagen der Bergarbeiter konnten nicht schon längst verstummt, wieviel Bergarbeiterleid nicht schon beseitigt sei. Darum kann es auch den Bergleuten nicht gleich sein, wie in der Regierung und den Parlamenten der Wind weht. Darum haben auch die Bergarbeiter die Pflicht, einzutreten für ein freies, gleiches, allgemeines und direktes Wahlrecht bei den Landtagswahlen. Die Bergarbeiter müssen mitwirken, daß auch den Parlamenten Befugnisse zugestanden werden, die dem Zentrallregiment ein für allemal die Gelegenheit nehmen, so zu wirtschaften wie es heute geschieht. Das preußisch-deutsche Volk und mit ihm die Bergarbeiterchaft hat tausendmal Ursache, dem junkerlichen Geist und der junkerlichen Tätigkeit mit allen möglichen Mitteln entgegenzuwirken wie seinen Einzug auf unser Staatsleben zu bremsen.

Die Erfolge der freien Gewerkschaften in Deutschland.

In Nr. 40 der "Bergarbeiter-Zeitung" brachten wir einen Bericht über die "Streiks und Aussperrungen" in Deutschland im Jahre 1906 nach amtlichen Darstellungen. Wie wissen schon sehr daran hin, wie die Statistik hier ist und verlesen darum unsere Leser auf die gewerkschaftliche Streikstatistik, deren Notizkarte auch von bürgerlichen Sozialpolitikern anerkannt wird, und deren Darstellungen uns ein besseres Bild über die Streik- und Lohnbewegungen abgeben dürften, als die amtliche Statistik. Nunmehr liegt die gewerkschaftliche Statistik nach Feststellungen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vor uns. Sie zeigt uns in großer Deutlichkeit die Wehrhaftigkeit der freien Gewerkschaften im Kampf für die Arbeitertreppen. Die gewerkschaftlichen Erfolge der freien Verbände gelten uns auch seines, daß die Befreiungen der Mitglieder in den Verbänden kein weg geworfenes Kapital sind, wie die Gegner behaupten, sondern daß gerade die Gewerkschaftsverbände sich wieder in Gestalt von erreichten Lohnverhältnissen, Arbeitszeitverkürzungen, besseren Arbeitsverhältnissen, überhaupt sich in einer solchen Weise verhalten, daß die deutschen Arbeiter alle Ursachen haben, freudig zu den finanziellen Mitteln der Gewerkschaften beizutragen, abgesehen davon, daß die Unterstützung seines Führungen der Gewerkschaften doch gleichfalls den Gewerkschaftsmitgliedern zugute kommen. Nochmals: Die Streikstatistik der Gewerkschaften zeigt glänzend die Wehrhaftigkeit der freien Gewerkschaften, aber auch die Motiviertheit der gewerkschaftlichen Organisationen für die Arbeiter.

Die Abhandlung der Generalkommission weist im Anhang darauf hin, wie mit der zunehmenden Macht der gewerkschaftlichen Organisationen und der fortschreitenden Konzentration des Kapitals die Kämpfe dieser beiden Faktoren immer heftiger, umfangreicher und intensiver werden.

Jünger schärfer werden die zur Ablösung kommenden Waffen, und größer und mächtiger wird die Armee der gewerkschaftlichen Kämpfer, den sozialistisch verbundene, gleichfalls an Macht gewinnende Unternehmertum gegenübersteht. Und in diesem Entwicklungstadium des wirtschaftlichen Kampfes sehen wir das von den Gewerkschaften stets befürchtete Bestreben, ausbrechende Differenzen möglichst auf gütlichem Wege beizulegen, seitens der Unternehmer mehr und mehr zur Unterwerfung gelangen.

Die Lohnbewegungen sind aber nicht etwas in sich geschlossenes, sondern sie sind als ein Teil der im wirtschaftlichen Kampfe zur Ablösung kommenden Mittel, in dem Maß als Anfangsstadium eines sich entwickelnden Kampfes zu betrachten, der je nach den Verhältnissen und Umständen entweder ohne Opfer zu erfordern gütlich beigelegt oder unter Aufwendung aller Kraft bis zur Erschöpfung einer der kämpfenden Parteien zu Ende geführt werden kann. Es ist deshalb auch notwendig, will man ein klares Bild über die von den Gewerkschaften geführten wirtschaftlichen Kämpfe und deren Resultate gewinnen, daß eine zusammenfassende Darstellung über Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen gegeben wird.

Im Jahre 1906 wurden in 8543 Fällen Forderungen gestellt. Unter diesen sind zu verstehen die Fälle, in denen die Arbeiter Forderungen bezüglich Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen an die Unternehmer richteten, sowie auch die Fälle, in denen die Unternehmer Forderungen bezüglich Verschlechterung der Arbeitsbedingungen an die Arbeiter stellten. In 110 Fällen wurden die Forderungen zurückgewiesen. Von den verbleibenden 8433 Fällen standen 4558 = 54,1 Prozent ihre Erfüllung durch erfolgreiche Unterhandlungen mit den Unternehmern, durch stillschweigende Zugeständnisse seitens der Unternehmer, während es in 3873 = 45,9 Prozent der Fälle zur Arbeitsentziehung oder zur Aussperrung kam. Die gestellten Forderungen erstreckten sich auf 14 044 Betriebe und auf 62 720 Betriebe mit insgesamt 1 200 571 beschäftigten Personen, von denen 316 042 Personen oder 25 Prozent beteiligt an Streiks und Aussperrungen beteiligt waren.

1905 wurden Forderungen gestellt: 5850 in 7600 Orten und 44 040 Betrieben mit zusammen 1 160 666 Beschäftigten. 2886 = 51,0 Prozent der Fälle wurden durch Unterhandlungen, also ohne Arbeitsentziehung erledigt und in 2804 = 48,0 Proz. der Fälle wurde die Arbeit eingestellt oder die Unternehmer sperrten aus. Die Zahl der an den Bewegungen ohne Arbeitsentziehung, sowie die Zahl der an Streiks und Aussperrungen Beteiligten war im Jahre 1905 bedeutend größer als im Jahre 1906, obgleich die Zahl der gestellten Forderungen und die Zahl der davon betroffenen Betriebe im Jahre 1905 wesentlich geringer war als 1906. Die Gesamtausgaben der Gewerkschaften für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen betragen im Jahre 1906 18 451 718 Mark gegenüber 10 999 188 Mark im Jahre 1905.

Im ganzen wurden 1906 durch Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen erreicht (die entsprechenden Zahlen für 1905 folgen wir in Klammern bei): Arbeitszeitverkürzung für 339 469 (186 632) Personen zusammen 1 248 119 (616 259) Stunden pro Woche, Lohn erhöhung für 691 703 (427 187) Personen zusammen 1 290 736 (885 311) Mark pro Woche, Lohnausfall für Überstunden in 2246 (987) Fällen, Lohnausfall für Nacht- und Sonntagsarbeit in 2109 (692) Fällen, Befreiung der Überarbeit in 68 (19) Fällen, verbesserte Führer-, Bau- oder Werkstattordnung in 98 (13) Fällen, Maßregelung wurde abgewehrt in 149 (127) Fällen, sonstige wurde erreicht oder abgewehrt in 2199 (1134) Fällen. Sämtliche Angaben beziehen sich sowohl auf das, was positiv erreicht, sowie auf das, was hinsichtlich verfügbare Verschlechterung abgewehrt wurde. Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen in 2860 (1507) Fällen für 317 487 (237 791) Beteiligte.

Die Arbeitszeitverkürzung beträgt für jeden Beteiligten durchschnittlich 8 $\frac{1}{4}$ Stunden pro Woche und kommt in dieser Beziehung das 1906 erreichte dem 1905 erreichten gleich, jedoch ist die Zahl der Personen, für welche die Arbeitszeitverkürzung herbeigeführt worden ist, um 82 Prozent gegenüber 1905 gestiegen.

Im einzelnen wurde hinsichtlich der möglichen Arbeitszeitverkürzung im Jahre 1906 erzielt:

Arbeitszeitverkürzung		Lohn erhöhung	
	für Beteiligte		für Beteiligte
bis 1 Stunden	34 411	bis 0,50 M.	19 032
" 2 "	29 421	0,50 M.	68 716
" 3 "	133 234	1-	214 246
" 4 "	16 710	1,50	2-
" 5 "	14 380	2-	150 980
" 6 "	77 251	2,50	54 392
" 7 "	2 647	3-	65 518
" 8 "	998	3,50	15 743
" 9 "	1 321	4-	15 087
" 10 "	246	4,50	5 724
" 12 "	2 431	5-	6 593
" 14 "	120	5,50	6-
" 15 "	304	6-	6,50
" 18 "	713	6,50	294
" 24 "	359	7-	20
" 28 "	613	7,50	90
" 30 "	111	8-	87
" 33 "	8,50	8,50	59
" 35 "	9,50	9-	125
" 38 "	11,50	10-	71
" 41 "	12,50	12-	21
" 46 "	16,50	16-	38

Die durchschnittliche Lohn erhöhung betrug im Jahre 1906 1,87 M. (1905 2,07 M.) pro Woche. Sohl der derart Beteiligten ist wesentlich und zwar 22,2% gegen das Vorjahr gestiegen.

Gegenüber diesen Erfolgen müssen wir, wie die Arbeiter anzusehen haben, ist aber festzustellen, daß auch die Unternehmer verschiedene Erfolge erzielen, indem es ihnen gelungen ist, ihre auf Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bemühungen des Biderstandes der Gewerkschaften durchzuführen. Allerdings sieht das, was die Unternehmen an Verschlechterungen durchsetzen vermochten, im großen Maßstab zu den Errungenschaften der organisierten Arbeiter. Im Verschlechterungen sind eingetretene Arbeitszeitverlängerung für 708 Personen zusammen 3881 Stunden pro Woche und Lohnabzugierung für 1122 Personen zusammen 2749 M. pro Woche sowie für 976 Personen sonstige Verschlechterungen, welche infolge von Aussperrungen eingetreten sind. Für die davon Betroffenen sind diese Verschlechterungen jedenfalls sehr hart, tunnen doch auf jeden Beteiligten etwa 1/2 Stunden wöchentlicher Zeitverlängerung und durchschnittlich 2,45 M. Lohnabzug. Bei den wiederholten Verschlechterungen des Unternehmers, durch Aussperrungen geschehen als die Gewerkschaften lädt zugegen, um die Ausbeutung un-

so ungestoppt weiter zu können, sind diese Erfolge jedoch gänzlich bedeutungslos, weil nur ein kleiner Bruchteil der an den Kämpfen beteiligten Arbeiter davon betroffen wird. Wenn man schon diesen Erfolg eine Bedeutung beimessen will, so nur in dem Sinne, daß dadurch der Beweis erbracht ist, welcher mögliches Maßstab die Schärfmacher des Unternehmers mit ihrer Aussperrung stattfindet auch im letzten Falle wie beweist gemacht haben.

Bewegungen zur Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit vollem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit volltem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit volltem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit volltem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit volltem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit volltem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit volltem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit volltem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit volltem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit volltem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit volltem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit volltem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit volltem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit volltem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 481 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 4 470 statt die sich auf 7 225 Orte und 87 998 Betriebe mit 788 462 Arbeiter- und Arbeitnehmer betreuten. Hierzu waren 598 724 Personen an den Lohnbewegungen beteiligt. Die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 M. Von den Bewegungen endeten mit volltem Erfolg 3408 mit 450 808 Beteiligten, mit teilweise Erfolg 311 mit 112 848 Beteiligten, ohne

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Bergwerkssegen.

Der in letzter Nummer der "Bergarbeiter-Zeitung" veröffentlichten Gewinnstabelle lassen wie weitere Geschäftsausschüsse von Bergwerksgesellschaften hier folgen:

Graf Schwerin, Castrop. Im dritten Quartaljahr 1907 wurde ein Betriebsüberschuss von 872 899 Mark erzielt gegen 287 792 Mark im zweiten Quartaljahr.

Tremontia, Dortmund. Das dritte Quartaljahr erbrachte einen Betriebsüberschuss von 179 290 M. gegen 109 942 M. im gleichen Zeitraum 1906. Der Gesamtüberschuss vom 1. Januar bis 30. September dieses Jahres stellt sich auf 442 407 M.

Caroline, Hörste. Der Reinüberschuss betrug im 3. Quartal 40 513 (37 078) M.

Wilhelmer Bergwerksverein. Im dritten Quartal wurden 775 328 (100 607) Mark Betriebsüberschuss erzielt. Der Gesamtüberschuss vom 1. Januar bis 30. September beträgt 2 184 149 (1 889 805) Mark.

Königlich-Lübeck. Drittes Quartaljahr 1907 912 (178 987) Mark Überschuss.

Trappe, Elsflethe. Drittes Quartaljahr. Reiner Überschuss 112 488 (110 155) Mark.

Eisfelder Bergwerksverein. Abgänglich aller Verwaltungskosten sind im dritten Quartal 1907 2 296 843,49 M. gegen 1 977 878,95 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs, also 319 464,54 Mark mehr erzielt worden.

Karathütte. Der Gesamtbetrag betrug

1902/03	1903/04	1904/05	1905/06	1906/07
7 148 442 M.	7 070 514 M.	6 590 508 M.	8 245 256 M.	8 878 547 M.

Im dritten Quartal 1907 betrug der Bruttogewinn 1 955 000 Mark, 1906 1 002 649 M. und 1905 1 787 520 M.

Mont Cenis, Sodingen. Der Gewinn beträgt für den Monat September 167 582 Mark.

Gottesegen, Böhringhausen. Überschuss im dritten Quartal 1907 104 620 (90 221) bzw. 180 962 Mark.

Friedrich der Große, Henne. Der Monat September erbrachte einen Betriebsgewinn von 285 412 (August 257 446) M.

Graf Bismarck. Drittes Quartal 1907 1 868 894 (1 576 518) M.

Gesamtüberschuss:

Die Einführung der Achtstundenschicht.

In Ober schlesien wird nach Ansicht leitender Personen nicht mehr lange auf sich warten lassen. So berichtet die bürgerliche Presse. Aber der Einführung der Achtstundenschicht stehen, wie bemerkt wird, Einwendungen seitens der Bergarbeiter entgegen. Die Bergarbeiter sollen befürchtet, daß die jetzigen hohen Arbeitsergebnisse eine Einschränkung nicht erfahren und daß deshalb die Unfälle noch häufiger sein werden als bisher, da dem Bergmann für die Sicherung von Leben und Gesundheit nicht die nötige Zeit zur Verfügung stehen wird. Die Bergleute bereiten eine Eingabe vor, in der sie versuchen wollen, einige Arbeitspunkte auf den Gruben mit wichtigen Kameradschaften zu belegen, die das Ort abprobieren auf Leistung und Sicherheit — sog. Probehauer.

Wenn wir auch annehmen, daß in Bergarbeiterkreisen in Oberschlesien über die Achtstundenschicht verschiedene Meinungen zu finden sind, da es auf Aufklärung und Erfahrung fehlt, so können wir doch nicht glauben, daß die ober schlesischen Bergarbeiter die Achtstundenschicht "ausprobieren" lassen wollen durch "tückige Bergleute", selbst wenn sie die bergpolizeilichen Vorschriften auf streng zu befolgen hätten. Vielmehr scheint uns der Wunsch der Vater des Gedankens bei den "leitenden Kreisen" im ober schlesischen Bergbaubezirk zu sein. Man kann sich auf die Dauer der Achtstundenschicht nicht verzögern und zwar aus den verschiedenen Gründen heraus und da man in der Förderung zunächst nichts einblühen will, verfügt man auf das System der Probehauer — um nichts anderes handelt es sich. Zu diesen Probehauern nimmt man aber weniger tückige Leute, die auf die Einhaltung der bergpolizeilichen Bestimmungen schauen, sondern Wöhler, die den anderen vorziehen sollen, welche Leistung vor den einzelnen Dörfern geschaffen werden kann. Das System der Probehauer besteht in den verschiedensten Dörfern und wenn wir nicht irren, auch schon jetzt auf den einzelnen Werken Oberschlesiens. Unterdessen, Abhebung und erhöhte Unfallgefahr, sind stetige Begleitercheinungen dieses Systems.

Sohnreduktion im Mansfelder Erzbergbau. Auf einer in Vollstadt abgehaltenen Versammlung des Vereins eichsfreier Berg- und Hütteneleute kündigte Ober-Berg- und Hüttendirektor Berggrat Schrader an, daß die Deputation der Mansfelder Gewerkschaft eine Herausstellung der Löhne in Aussicht genommen habe. Er bestätigte dies mit dem Rückgrat des Kupferpreises von 240 M. (im Frühjahr) auf 120 M. (jetzt) pro Doppelzentner, des Silbers von 96 auf 82 M. und mit der schwierigen, durch die Wassereinbrüche geschaffenen Lage. Zugleich sprach er aber auch die Hoffnung aus, daß man die gegenwärtigen Verhältnisse ebenso wie in den 80er und 90er Jahren bald überwunden werde. Die Belegschaft der Mansfelder Gewerkschaft beträgt rund 16 000 Mann, der Durchschnittslohn war 1906 8,42 M. Der Rückgang der Kupferpreise ist die Folge des amerikanischen Kupfercrachs. Die Mansfelder Bergarbeiter werden die kapitalistische Spekulation auf den Kupfermarkt, wodurch der Krach entstand, teuer bezahlen müssen. Die Tatsache, daß Herr Schrader angeblich den Preissprunges für Silber und Kupfer (hauptsächlich kommt das letztere in Frage) sofort Lohnabnahmen ankündigt, ist sehr bezeichnend nicht nur für die Mansfelder Gewerkschaft. Nein, diese Ankündigung gibt unserer Behauptung Recht, daß bei Eintreten der Krisen die Grubenbesitzer sich zunächst an den Arbeiterlöhnen schadlos zu halten versuchen. Die "reichen" Mansfelder Bergleute müssen also für die kommende Zeit den Hungersnöten eingerichtet haben, "wohlvollende" Gewerkschaft will nicht allzu starke Einbußen an den Gewinnen erleiden. Daß sie es aber könnte, ohne gleich die Arbeiterlöhne beschneiden zu müssen, weisen folgende Zahlen aus den Geschäftsberichten der letzten Jahre nach:

Preis pro Kupfer	Preis pro Jahr 100 kg. Kupfer	Werksgewinn pro Kupfer	Werksgewinn pro Kupfer	Durchschnittslohn d. Arb.
M.	M.	M.	M.	M.
1903 : 122,81	73,35	6 037 853	2,93	
1904 : 120,98	78,14	6 200 685	3,05	
1905 : 141,13	82,68	9 082 908	3,25	
1906 : 172,80	91,62	12 319 357	3,4-	

Dennach können sich die Arbeiter schon von vornherein ausrechnen, was von ihren Hungerlöhnen abgezweigt werden wird.

Aus der Deutschen Arbeiterbewegung.

Was ist "christliche Weltanschauung"?

Wer hat die allein echte? Auf dem "christlich-nationalen" Arbeiterkongreß teilte Herr Behrens mit, die hirsch-Dunderschen Gewerbevereine stellten sich nicht auf den Boden der "christlichen Weltanschauung", seien deshalb auf dem Kongreß nicht zugelassen. Ein Parteigenosse des Herrn Behrens, ein Herr Hartwig, hat eigens eine Broschüre geschrieben, wonit er nachzuweisen versucht, daß die hirsch-Dunderschen Gewerbevereine auf durchaus unchristlicher Grundlage beruhen. Ergo dürfe kein christlicher Arbeiter den hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen angehören.

So die einen. Nun aber die anderen. Im Evangelischen Arbeiterverein Hörselberg hieß es: "hirsch-Dundersche Gewerbevereinskretär Münnz-Magdeburg einen Vortrag, der in der Behauptung gipfelte, es bestände für den christlichen Arbeiter absolut kein Hindernis, den hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen beizutreten. Auch diese standen auf dem "Boden der christlichen Weltanschauung". Redner selbst sei auch evangelisches Arbeitervereinsmitglied. In der Diskussion betonten sogar zwei evangelische Geistliche, Herr Münnz habe ganz richtig gesprochen. Für die christlichen Gewerbevereine sei in Hörselberg nichts zu holen. Den hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen könne ein christlicher Arbeiter ruhig beitreten!

Wir fragen: wer hat denn nun Recht? Auf dem "christlich-nationalen" Kongreß in Brodskirchen und Zeitungsaufklarungen, bezeichneten Dr. Gladbach und Städterleute die hirsch-Dunderschen Gewerbevereine

als eine unchristliche Organisation, in denen das Seelenheil der Arbeiter gefährdet sei. In Hörselberg aber traten sogar zwei Geistliche für die hirsch-Dunderschen Gewerbevereine ein! Ist nun die Weltanschauung der Herren Behrens-Giesberts die einzige christliche, oder müssen die betr. Geistlichen, studierte Theologen, es besser? Was die einen unchristlich nennen, heißt bei den anderen christlich. Da sich die erlauchtesten Führer nicht einmal einig sind über die "christliche Weltanschauung", wie können sie da den Geführten als Lehrer dienen?

Die "Westdeutsche Arbeiter-Zeitung" gegen ein Zentrumblatt.

Das "Westfälische Volksblatt", ein in Paderborn erscheinendes Zentrumblatt, erhob läufig in einem Artikel "Zur Kohlennot" heftige Angriffe gegen die Begehrlichkeit der Bergarbeiter. Es heißt da: "Sollte nun wohl noch kein Mensch daran gedacht haben, daß die hohen Kohlenpreise aus den unverhältnismäßig hohen Lohnforderungen der Bergarbeiterarbeiter entspringen, oder will man nicht so ehrlich sein, dies zu erkennen? Wenn man bedenkt, daß unter bekannten Leuten die meisten einen Lohn empfangen, der den vieler Menschen, die ein langes, teures Studium genossen haben und verantwortliche Stellen bekleiden, weit übersteigt, also Verantwortlichkeit und Risiko mit übernehmen müssen, im Gegenzug zu den Arbeitern, dann erscheint es wunderbar, wie man den Grubenbesitzer verantwortlich machen will, der einfach dem Steigerung der Löhne entsprechend die Kostenpreise erhöht."

Herrn haben auch die übrigen unverhältnismäßig hohen Arbeitslöhne indirekt Schuld an der Kohlennotierung, weil der Grubenbesitzer gezwungen ist, höhere Löhne zu zahlen, als die Industrie und wenn die Industrie dies nicht vernünftig erträgt, es also den Grubenbesitzer gleichzeitig will und sogar die Industrieinstellung besitzt und durch kostspielige Fabrikate und Bergbau die Arbeiter zu weiteren Lohnforderungen veranlaßt, dann mögen es sich diese vor allem zuschreiben, daß sie mal wieder dazu beigebracht haben, die Kohlen zu verteuern. Weiter mögen die sogenannten "unbescholtene Leute", wo zu auch der Arbeiter gehört, wohl darauf achten, daß sie außer das Ubel der über ihren Stand gehenden Anforderungen austrotzen und damit die übertriebenen Lohnforderungen, ehe sie andere Peine verantwortschaft machen, und der Fabrikate steigende Industriekosten sollte recht bald gewahr werden, daß er hiermit einen großen Fehler begibt. Diesen ist es zu gönnen, wenn er die Wahrheit des Spruches verspielt, daß Unbank der Welt Lohn ist."

Auf diese für ein Zentrumblatt sehr interessanten Ausführungen antwortet die "Westdeutsche Arbeiter-Zeitung", das Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, folgendes:

"Das alles könnte in der „Rheinisch-Westf. Zeitung“, dem Organ der Berg- und Hüttenarbeiter, oder in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ gesstanden haben, doch nein! Die selbst hätten es nicht fertig gebracht, derart die Wahrheit zu malträtern! So kann nur jemand schreiben, der seine Weisheit über Kohlenpreis und Bergarbeiterlöhne ausschließlich am Bier- und Billardtisch geholt hat."

Wir wollen es bei der Kritik der "Westdeutschen Arbeiter-Zeitung" belassen. Sie genügt.

Knappshaftliches.

Ist eine Einigung in Sicht?

Die Frage, ob es zwischen den Werkvertretern und Altesten im Allg. Knappshaftverein zu Bochum, noch ehe das Zwangsstatut in Kraft zu treten hat, zu einer Einigung kommt, wird zur Zeit vielfach erörtert. In der "Kölner Zeitung", "Kölner Volkszeitung" wie der "Rheinisch-Westfälischen Zeitung" und in anderen Organen beschäftigt man sich eingehend mit der Einigungsfrage. Im erstgenannten Organ wird in einem längeren Artikel noch einmal der Versuch unternommen, die Güte des abgelehnten Statuts hervorzuheben und wir können sagen, daß die "Kölner Zeitung" sich diesmal eines anständigeren Tonos habente, als bisher in dieser Frage geschah. Sie bringt nochmals die Verbesserungen, wie sie der Entwurf gegenüber den heutigen Satzungen enthielt, aber es fehlt der "Kölner Zeitung" bezüglich ihrem Berichterstatter das nötige Aufruhr, um auch die Verfehlungen zu überprüfen. Wir sielen nun nochmals fest. Ein Invalide, der 10 Dienstjahre hinter sich hat und ein Kind besitzt, würde nach Vorschlag der Grubenbesitzer gegenüber der bisherigen Rente 8,00 M. weniger erhalten, bei zwei Kindern 46,40 M., bei drei Kindern 84,80 M., bei vier Kindern 123,20 M. und bei fünf Kindern 161,60 M. weniger. Ein Invalide mit 15 Dienstjahren und zwei Kindern erhält nach dem Entwurf 28 M., bei drei Kindern 61,40 M., bei vier Kindern 99,80 M. und bei fünf Kindern 138 M. weniger als bisher. Auch noch bei Invaliden mit 20 Dienstjahren zeigen sich weitgehende Rentenkürzungen gegen bisher und zwar bei zwei Kindern 1,80 M., bei drei Kindern 40,00 M., bei vier Kindern 78,20 M. und bei fünf Kindern 116,40 M. Da für die Unfallinvaliden das Kindergeld gleichfalls fortfällt, würden diese heute jährlich rund 200 000 M. einzubüßen. Gleichfalls verringerte sich das Krankengeld für Unfallverletzte. Diejenigen, die heute 4 M. erhalten, bekommen nur noch 2,30 M. Die vorgelegten Renten ohne Kindergeld sind bei den Invaliden mit unter zehn Dienstjahren gleichfalls geringer. Was gibt es denn da noch zu reden und zu listeln? Kein Hervorheben der besser gestellten Renten vermag die von uns hier wiederholst festgestellten Tatsachen aus der Welt zu schaffen. War es doch die Grubenbesitzer wirklich so schwer, einen gerechteren Ausgleich zu schaffen, war es unmöglich, auf Grund einiger Preissenkung Beitragserhöhung Not und Elend von Hunderten Invaliden fernzuhalten? Selbst ein Ausgleich, wie ihn der Antrag Nobis beinhaltet, war für einen Teil der Invaliden immer noch keine ausreichende Entschädigung für den Fortfall des Kindergeldes. Freilich bleibt den meisten Invaliden die erhöhte Rente, wenn die Kinder über 14 Jahre alt sind. Das braucht man uns nicht erst vorzutragen. Für uns handelt es sich darum, daß wir nicht mitmachen können, so lange ein großer Teil — die Verhältnisziffer bleibt ja bestehen — der Invaliden so geschädigt wird, wie es nur einmal durch die Vorschläge der Grubenbesitzer geschieht. — Daß man sich hierüber noch streiten muß!

Nun, allmählich scheint es auch im gegnerischen Lager aufzudämmern, daß man wertsichtig doch anders handeln könnte. So schreibt die "Rheinisch-Westfälische Zeitung" vom 2. November (erste Wochenausgabe) u. a.: "Leben die Gewerkschaften wirklich des Glaubens, daß ein Teil der Bergleute bei der vorgeschlagenen Festsetzung der Rentenbeiträge unbillig zu leiden haben würden, so wäre dem doch abzuhelfen mit anderen Sägen, die diesem Gedanken Rechnung trügen, die sich dabei nicht so sehr als eine Erhöhung der Gesamtleistung über den letzten Entwurf darstellen, sondern die mehr aus einer Verschiebung der Zahlen sich ergäben".

Wir bezweilen, daß die Altesten sich mit dem letzten Vorschlag der "Rhein.-Westf. Zeitung" einverstanden erklären können, aber jedenfalls beweist dieser Vorschlag, daß man auch auf jener Seite anfängt, einzusehen, daß es bei Annahme der Grubenbesitzervorschläge Geschädigte gibt. Nur leben wir hierbei nicht nur des Glaubens, sondern sind überzeugt, daß es so ist, wie wir schreiben und wie obige Zahlen schon allein nachweisen.

Wir erkennen nicht die Schwierigkeit eines gerechten Ausgleichs,

aber bei gutem Willen läßt sich ein solcher sehr wohl finden. Der Antrag Nobis bietet die beste Grundlage für eine andere Berechnung wie Verschiebung der Rentenhöhe und zwar kann diese so vor sich gehen, daß die durch die Werkbesitzervorschläge am härtesten Geschädigten Aufbesserungen erhalten. Die "Rheinisch-Westfälische Zeitung" läßt ja durchblicken, daß sie mit einer anderen Berechnung gekrönt wird, dann soll sich, nach Ansicht des Werkorganis, die neue Berechnung "nicht so sehr als eine Erhöhung der Gesamtleistung" darstellen. Unseres Erachtens begreift das der Antrag Nobis, der ja so sehr auch die Gesamtleistung der Fasse nicht beeinflussen wird. Nichts steht also einer Verhandlung begleitweise Einigung zwischen beiden Parteien im Wege als der gute Wille der Werkbesitzer. Sehen diese ihr Unrecht ein, dann wird ein Knappshaftstatut Zustande kommen, das beiden Teilen annehmbar ist. Nimmt man rechtzeitig keine Vernunft an, nun, dann sehen wir mit großer Muße den kommenden Dingen entgegen, auch wenn das Zwangsstatut kommen sollte. Wir sind uns darüber klar, die erdrückende Mehrheit der Ruhrbergleute teilt unsern Standpunkt und billigt das Vorgehen ihrer Altesten. Die Abstimmung am 12. Oktober entspricht vollkommen den Ansprüchen der Ruhrbergleute, daran ist nichts zu ändern, auch dann nicht, wenn künstliche Versuche gemacht werden, Gegenseite in Knappshaftmitgliederkreisen zu schaffen. An Versuchen hierzu fehlt's ja nicht!

Das niedersächsische Knapphaftstatut ist in der Generalversammlung am 28. Oktober angenommen worden. Von den Altesten stimmten 13 mit Nein. Wie wir schon mitteilten, ist nur der kleinste Teil der 72 Altesten organisiert (etwa ein Drittel), die große Mehrheit besteht infolge der öffentlichen Wahl aus Werkbesitzern, Beamten und Werksbeamten! Die Bergbaudätesten hatten sich auf Mindestforderungen geeinigt. Von unserer Bergbaudätesten waren in den letzten 14 Tagen vor der Generalversammlung eine ganze Reihe Versammlungen arrangiert worden, um die Mitglieder gegen den miserablen Werkentwurf aufzurütteln. Hierbei stellte sich heraus, daß in bezug auf die knappshaftliche Ausklärung in Niedersachsen lange nicht genug geleistet worden ist. Mit Gestalten hört die Kameraden, was man ihnen seit 40 Jahren nach und nach für Knappshaftliche Rechte nahm und was der neue Entwurf vollen kann. Es gab wirklich Knappshaftmitglieder genug, die glaubten, was der erste Werkentwurf vorschlug, sei das einzige mögliche nach dem Gesetz. Selbst Knappshaftälteste waren sich nicht klar über das gesetzlich mögliche. Dazu kam nun der famose "Fieberabend" des Mr. Gladbachs Höglings, jetzt "reichtreuen" Sekretärs Gustav Grätz, der in hohen Tönen die Wohltätigkeit der Werkherren lobte und versicherte, der Entwurf müsse so angenommen werden, es fehlt hier nicht vorgelegt haben. Es wäre dann auch schließlich ein besseres Statut herausgekommen.

Wenn es nach diesem "reichtreuen"

Gewungene Barbarafeste. Auf den Bochumer Gruben ist es, Ilins, der heiligen Barbara zu Ehren, die bekanntlich außer der Zeitreise auch noch die Bergarbeiter beschützt, einem großen Festumzug zu veranstalten. Die Herren Beamten zeigen am Barbaratage, daß es ihnen wirklich Ernst ist, das gute Einvernehmen mit den Arbeitern aufrecht zu erhalten und befinden dies dadurch, daß sie auch mit Arbeitern freuen sich ein Lächeln wagen, besonders, wenn diese nicht zu alt sind. Zu diesem Feste wurden nun früher von den Bergarbeitern freiwillige Beiträge gesammelt, um die Kosten zu decken, denn dieselben sind gewöhnlich nicht klein, da schon das Messesessen an diesem Tage eine ganz erstaunliche Summe kostet. Der Geist der Neugier, über welchen die großen Herren soviel zu klagen haben — denn dieser Stolz löst sie nicht einziger die Gelöbnisse immer voller pfropfen — hat es nun auch fertig gebracht, daß viele Bergarbeiter der Meinung sind, daß es auch ohne Barbarafest gehe, da der Schutz in den Gruben immer mehr zu tun haben läßt. Dies schreibt sie nicht auf das Schulblatt des hess. Barbara, sondern auf dassjenige des Unternehmers, deshalb aber auch wollen sie mit den Freunden derselben nicht mehr das Barbarafest feiern. Es ist Tatsache, daß in dem Festekomitee auf verschiedenen Gruben die Herren Arbeitswilligen die führende Rolle spielen und sich von solchen Leuten leiten lassen, ist den organisierten Kameraden vielleicht auch etwas zuviel zugemutet. Aus Furcht, daß nun viele Kameraden aus dem Barbarafest fernbleiben könnten, ist man auf manchen Gruben dazu übergegangen, die Beiträge zum Barbarafest nicht mehr der freiwilligen Gewebeleute der Arbeiter zu überlassen, sondern man zog sie, ohne lange zu fragen, bei der Ausschaltung auf der Grube direkt vom Lohn ab. Wie möchten den Herren Unternehmern oder deren Beamten aber raten, diese ungesehlich gemachten Abfälle schleunigst zurückzuzahlen, denn wenn das Unternehmertum ein Barbarafest braucht, möge es auch für die Kosten, welche dosselbe verursacht, aufkommen; denn man wird doch Leute, die in keine Messesessen austreten, nicht zwingen wollen, ihr sauer verdientes Geld dafür zu opfern. Deshalb soll mit diesen Abfällen! Der Bergarbeiter braucht heutzutage sein Geld notwendig genug, um die teuren Lebensmittel bezahlen zu können und hat keine Lust mehr, Geld zu solchen Zwecken herzugeben.

Wie von den Grubenverwaltungen berichtet wird.

Bei Ausführung unserer Leser wollen wir bemerken, daß wir laut Preßgesetz gezwungen sind, auch Berichtigungen, welche nicht auf Wahrheit beruhen, sowohl sie sich auf den Sachverhalt beziehen, aufzunehmen, da wir im anderen Falle nicht das Tatbestandes halber, sondern wegen Nichtaufnahme der Berichtigungen bestraft werden können.

Ein recht unbilliges Verlangen.

Die Verwaltungen der beiden Graf Blümner und Conrath stellen an uns das Verlangen, ihre in unseren Nummern 37 und 42 schon zum Abschluß gelangten Berichtigungen noch einmal zu bringen und zwar weil wir den Berichtigungen den Verdikt voransetzen: "Wie von den Grubenverwaltungen berichtet wird" und "Bei Ausführung unserer Leser wollen wir bemerken, daß wie" usw. Den Herren gefällt dieser Verdikt absolut nicht und darum stellen sie an uns das Verlangen, unter Ausschaltung desselben ihre Berichtigungen noch einmal zu bringen. Da über großer Bescheidenheit ist noch kein Unternehmens gekommen, die Herren halten es vielmehr mit dem Grundtak: "Bescheidenheit ist eine Tugend, doch besser führt man ohne ihr" und das Verlangen der genannten Grubenverwaltungen beweist, daß auch sie diesem Standpunkt huldigen. In ihren Zuschriften geben uns die Herren sehr weise, "Belohnungen über die Bestimmungen" des Preßgesetzes. Wir möchten Ihnen aber in ihrem eigenen Interesse den guten Rat geben, sich über die Bestimmungen des Preßgesetzes besser zu informieren, bevor Sie darüber Vorlesungen halten. Wenn die Herren diesen untern Rat folgen, werden sie sich überzeugen, daß wir preßgesetzlich nicht verpflichtet sind, ihrem Verlangen zu entsprechen. Wir sind nur verpflichtet, eine Berichtigung einmal und zwar in dem Teile der Zeitung zu bringen, worin der zu berichtigende Artikel gestanden hat. Eine andere Verpflichtung haben wir nicht. Dieser Verpflichtung haben wir über durchaus entprochen, die Berichtigungen sind unter der Rubrik "Mitschriften auf den Gruben" erschienen, worunter auch die fraglichen Artikel gestanden haben. Wir müssen die Berichtigungen ohne Einschaltungen oder Weglassungen bringen, sofern dieselben vom Erschaffer unterzeichnet sind, solfern straflosen Inhalt haben und sich auf tatsächliche Angaben beziehen. Darüber hinaus aber haben wir keine Verpflichtung, am allerwenigsten aber, eine Berichtigung zweimal zu bringen. Welchen Verdikt wie zu den Berichtigungen bringen, ob wir unsere Leser über die Bestimmungen des Preßgesetzes aufklären, ob wir das unter oder über die Berichtigungen schreiben, ist lediglich Sache der Redaktion und lassen wir uns da auch von keinem Grubengewaltigen hineinreden. Ihrer "stolzen" Annahme werden die Herren daher doch etwas die Flügel anlegen müssen.

Zu der Berichtigung in Nr. 41 von Beche Mathias Stünnes schreibt uns unser Gewährsmann: Unsere gemachten Angaben über Unplausibilität bei der Seefahrt entsprechen durchaus der Wahrheit, denn es kommt häufig vor, daß die Seefahrt abends bei der Aussicht erst um 10% Uhr ihren Anfang nimmt. Bei der Aussicht kommt es auch häufig vor, daß zu der Zeit, wo die Seefahrt laut Ausschlag beginnen soll, schon drei Störte voll Leute bereitgestellt sind, bei der Aussicht wird natürlich keine Minute früher begonnen. Häufig ist es auch schon vorgekommen, daß auf die oberen Etagen schon Kohlen aufgeschoben werden, während auf der unteren Etage noch Leute sind. Was wir über die Bestrafungen gesagt haben, entspricht ebenfalls den Tatsachen, nur muß es heißen im Monat Juni statt Juli. Die Verwaltung mag sich also die Strafzettel vom Juni zu Hause nehmen, dort findet sie unsere Angaben bestätigt. Wir finden esbrigens als wenig einständig, sich hinter einem solchen Zettum zu verschleiern, wenn der Zustand zutrifft. Dann wird bestreiten, daß Verleger auf Veranlassung der Beche auf der Kipplarre gefahren worden sind. Ja, aber wer hat denn die Veranlassung gegeben? Denn, daß Verleger auf der Kipplarre und zwar gegen ihren Willen, nach dem Krankenhaus gefahren worden sind, ist Tatsache. Wurde doch noch kürzlich ein Verleger, W. M., gegen seinen Willen auf einer Kipplarre nach Gladbeck ins Krankenhaus transportiert. Unsere Angaben über die Wohnungsverhältnisse in der Kolonie bestreitet die Verwaltung nicht, nur sucht sie dieselben abzuschwärzen, indem sie behauptet, es handle sich um eine Frau, die dem Trunk entfallen war, welche häufig mit den Kindern in betrunkenem Zustand in Keller geschlossen habe. Aber verehrte Verwaltung, wer hat denn bei solchen Gelegenheiten immer die Betten in den Kellern gebracht? Hat das etwa auch die Frau jedesmal im betrunkenen Zustand besorgt? Wir dürfen wohl auf diese Frage Antwort erwarten, denn die "Bergarbeiter-Zeitung" ist nicht dazu da, daß die Geishenverwaltungen auf Grund des fassenen § 11 Unfug damit treiben und Behauptungen in die Welt seien, die der Wahrheit in keiner Weise entsprechen. Wir halten entgegen dieser Berichtigung unsere Angaben, daß die Wohnungen zu teuer sind, daß die Leute kostengünstiger halten, um die Miete aufzubringen, daß die Räumlichkeiten dadurch so defektiert werden, daß wie im obigen Fall der Keller als Schlafstelle benutzt wird, durchaus aufrecht. Ja, wir behaupten noch mehr: Dass die Firma Stünnes mit ihrer Kolonie ein Bombengeschäft macht. Jeder Mieter muß monatlich 18,35 M. zahlen, macht für ein Zweifamilienhaus 36,70 M. oder pro Jahr 440,40 M. Wenn wir als Kostenpreis für jedes Haus 7000 M. rechnen, werden wir eher zu hoch als zu niedrig geprägt haben. Dieses Kapital verzinst mit 4 Proz., macht 280 M. pro Jahr. Stünnes erhält aber an Miete 440,40 M., macht also einen Reingewinn von 180,40 M. an jedem einzelnen Zweifamilienhaus. Dabei sucht man die Kolonien bei allen Gelegenheiten noch als Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter, sich selbst aber als Wohltäter der Menschheit hinzustellen.

Gottesberg. Auf Grund des Preßgesetzes ersuche ich um Aufnahme folgender Berichtigung der Notiz in Nr. 43 Ihre Zeitung: Herr Direktor Rößner und die Wahrheit". Es ist unzweckmäßig, die Nichtzahlung des Ausschlags an die Unterbeamten erst jüngstens zu ums ist. Wahr ist vielmehr, daß schon seit 20 bis 30 Monaten an die Unterbeamten kein Ausschlag mehr gezahlt wird. Es war daher unsinnige Unwahrheit, wenn behauptet wurde, daß die Unterbeamten um eine Erhöhung des Ausschlags angeführt haben. Es ist unwahr, daß Herr Direktor Rößner rund und unweit in seiner Berichtigung bestreitet, daß jemals Kontraktarbeitsstrafen auf den ihm unterstellten Werken eingehalten worden sind. Wahr ist vielmehr, daß seine Berichtigung lediglich die Behauptung widerlegt, es wären den ausständigen Arbeitern des vorjährigen Jahres wegen des Kontraktarbeitsstrafens die Konventionalstrafen eingehalten worden. Die gegenläufige Behauptung ist mit Recht als unsinnige Unwahrheit bezeichnet worden und anderer datan die 176 M. der vorliegenden 11 Wohnbücher nichts, weil deren angeführte Besitzer gar keine Ausständigen waren, sondern vor Ausbruch des Ausstandes fahnenflüchtig wurden und durch sofortigen Arbeit auf anderen Gruben nahmen. Tatsächlich sind den 12. März 1906 endgültig in den Zustand getretenen 2500 Arbeitern über ausdrückliche Verfügung keine Konventionalstrafen ein-

gehalten worden, weil den verübten Vergnüppen nicht 45 000 M. entzogen und den Steuerleitern nicht der mangelnde Stoff für die Versammlungen ergänzt werden sollte. Es ist unwahr, daß ich besondere Freude an dem Schreiben von Berichtigungen zu haben scheine. Wahr ist vielmehr, daß ich die Berichtigungen ohne besondere Geschäftsbewegung geschäftsmäßig blättere und daß die "Bergarbeiter-Zeitung" stets eine Berichtigung erwarten kann, wenn sie von dem Kameraden mit Berichten über die angeblichen Mitschäden — wie im vorliegenden Falle — umschlagen hingeleget wird. Achtungsvoll: Schlesische Kohlen- und Eisenwerke. S. Rößner."

Herr Rößner hat also keine besondere Freude am Schreiben von Berichtigungen. Das ist aber sehr schade, denn wir haben an seinen Berichtigungen eine sehr große Freude und wir hätten ihn eine kleine Freude an dem Schreiben von Berichtigungen zu haben scheine. Wahr ist vielmehr, daß ich die Berichtigungen ohne besondere Geschäftsbewegung geschäftsmäßig blättere und daß die "Bergarbeiter-Zeitung" stets eine Berichtigung erwarten kann, wenn sie von dem Kameraden mit Berichten über die angeblichen Mitschäden — wie im vorliegenden Falle — umschlagen hingeleget wird. Achtungsvoll: Schlesische Kohlen- und Eisenwerke. S. Rößner."

Darauf hat Herr Dr. Beumer dem Herrn Minister nach der

Kölnerischen Zeitung sofort unter dem lebhaften Beifall der großen Schriftmachergesellschaft erwidert, daß die Herren sehr erfreut und dem Minister sehr dankbar sein würden, wenn er dazu helfen wollte, dies Maß der Disziplin den Arbeitgebern in die Hand zu geben. In diesem Sinne nehme man durchaus die Kameradschaft mit den Arbeitern an."

Was sagen nun die christlichen Arbeiter zu diesen Auslassungen von Negierungsvorträgen und von Industriellen? Merken Sie nicht, daß der Geist des Kapitalismus beide Seiten in Vonne setzt? Merken nicht die christlichen Arbeiter, daß ein innigeres Verhältnis die Industriellen und die Arbeiter erhielten überhaupt keinen Abschlag, jetzt erklärt er, sie hätten in den letzten 20 bis 30 Monaten — genauer weiß ich Herr Rößner anscheinend nicht — keinen mehr erhalten. Wohl wird er demnächst berichten, daß die Beamten in den letzten 5 bis 10 Monaten keinen Abschlag mehr erhalten haben usw. mit Graze. Interessant ist auch das Eingekändnis, daß den Arbeitern die Konventionalstrafe nicht abgehalten würden, weil den "Geheimen" der "mangelnden" Gesetzes nicht ergänzt werden sollte. Die Arbeiter werden ob solcher "Humanität" sicher bis zu Traenen gerührt sein. Etwas unzweckmäßig zwar, hat Herr Rößner hiermit aber auch zugestanden, daß er sich vor den "Geheimen" fürchtet. Man fürchtet sich aber nur, wenn man dazu Urfache hat, also beweist die Furcht, die Herr Rößner vor den Geheimen zeigt, daß etwas faul sein muß im Staate Dänemark. Wir halten übrigens unsere gemachten Behauptungen trotz der Berichtigung aufrecht, nicht nur von den uns angeführten 11 Arbeitern, sondern noch einer größeren Zahl sind die Konventionalstrafen abgehalten worden. Auch einen solchen Fall aus allerneuester Zeit können wir anführen. Im September wurden einem Übertagsarbeiter 15,00 M. abgehalten, weil er angeblich nicht vorsätzlich gefordert hatte. Der arme Teufel verdiente nur 2,50 M. pro Schicht, trotzdem wurden ihm die sechs Schichten als Konventionalstrafe abgehalten. Wir können danach das Urteil darüber, wer mit unsinnigen Unwahrheiten hausieren geht, richtig der Öffentlichkeit überlassen. Auf Grund des fassenen § 11 hat Herr Rößner jetzt wieder das Wort, oder sollten wir uns täuschen?

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtbezirk Dortmund.

Schärmacher über alles!

Auf dem "christlich-sozialen Arbeiters Kongress" hielt bekanntlich der preußische Minister v. Bethmann-Hollweg eine Ansprache an die Delegierten, in der er sehr viel mahnte, aber wenig positiv versprach. Es sind dies Stellen, wie wir sie bei ähnlichen Gelegenheiten immer wieder zu hören bekommen. Kampf gegen die Sozialdemokratie, Kampf auch bei freien Gewerkschaften und dann die Versicherungen, daß man die Arbeiter wie andere Stände gleichfalls ins Regierungsschloß eingeschlossen habe. Nur dürfen die christlichen Arbeiter nicht so weit gehen mit den Forderungen, Mäßigkeit im Verlangen ist Vorbedingung ihrer Erfüllungen. Und alles das mit einer Gegenlassung, die, wie ein Blatt bemerkt, verleidender und herausfordernder wirken muß, als offene Feindschaft. Fleiß, Gott sei fürcht, Mäßigkeit und Gusteideheit. Diese Tugenden, meinte der Herr Minister auf dem vorgenannten Kongress, sollen die vier Grundpfleger sein, auf denen die "christlich-nationalen Arbeiterschaft" sich einstellen müsse.

Diese vaterlich-ehrhrende Mahnung des Herrn Ministers wurde nach dem Kongress von den Fürsprechern der christlich-nationalen Arbeiterschaft als „ein Ries in der Frühlingsnacht“ sehr bedauert. Es war zu wenig, was der Regierungsvorsteher dem Kongress geboten hatte. Was der Kongress verlangte, zeigte sich in den gefassten Beschlüssen und der Kongress ließ „aufstandshabend“ diese Beschlüsse durch eine Deputation dem Reichstag in Flottbek übermitteln. Hollweg empfing hocherfreut die Deputation, ließ sie bei sich festsetzen und erzählte ihnen ähnliches Zeug, was er der Deputation vom Frankfurter Christlich-Sozialen Arbeiterkongress vor vier Jahren erzählt hatte. Nur glauben wir, daß die Deputation aus Flottbek nicht so überwiegenden Hoffnungen zurückgefahren ist, wie damals. Nachdem die Regierung in den letzten vier Jahren so gut wie garnichts von den Forderungen des Frankfurter Kongresses verwirklicht, haben die christlichen Gewerkschaftsführer freilich eine unangenehme Erfahrung hinter sich. Sie haben also große Uebersicht, ihren Busen mit Mäßtrauen zu erfüllen, umso mehr als das, was die Regierung als ihre nächsten Vorschriften ankündigte, nicht einmal den bescheidensten Anforderungen der christlichen Arbeiterschaft genügen kann. So sieht die neue Novelle zur Gewerbeordnung, zwar die 60 Stunden die Magazin in einer Woche für Arbeitnehmer vor, aber es wird dabei bestimmt, daß täglich nicht über elf Stunden hinaus gearbeitet werden darf. Die Novelle enthält weiter ein Verbot der Mittagspause der Arbeit in Haus, noch den Maximalarbeitsstag für die Arbeiterin. In der Begründung zum Entwurf wird dieses ausdrücklich abgelehnt. So sieht eine der Entlösungen der sozialpolitischen Versprechungen des Reichslandes aus. Das angekündigte Reichsvereinsgesetz will den christlichen Arbeitern gleichfalls nicht gefallen.

Die Regierung hat nun nach dem Kongress der "christlich-nationalen Arbeiter" auch den "Delegiertenkongress des Zentralverbandes des deutschen Industrieller" beschritten. Derselbe Minister, der den Gewerkschaftskongress begrüßte, hieß auch die Begrüßungseröffnung der Industrie, der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsverbände. Nichts war aus dieser Rede heraus zu lesen, daß sich die Großindustriellen mit den vier Grundpflefern vertraut machen sollten. Solche Predigten sind nicht für das Ohr der Kapitalisten. Bethmann-Hollweg zeigte, wie man verdienen kann, wie sich die Großindustriellen vor wirtschaftlichen Gefahren hüten können. Er warnte vor Ueberspannung der Konzentraffionsförderung, die gerade in Amerika zu der jetzigen Krise geführt hatte. Der Minister führte als nächste Ursache diese Krise in die Welt, die von den Amwesten innerlich sicher belastet worden ist. Trotzdem erhielt die Regierung keine Rüge erteilt. Die schlimmsten Feinde der Arbeiterschaft wie einer vernünftigen Sozialpolitik waren mit der bisherigen Haltung der Regierung sehr zufrieden. Auch hier wurde von den einzelnen Reden der Kampf gegen den Unruhestifter verlangt, von der Regierung aber, daß sie den arbeiterfeindlichen Forderungen der Großindustrie noch mehr Rechnung zu tragen habe. Vor allen Dingen keine Verkürzung der Arbeitzeit, weder für Männer, Frauen noch jugendliche Arbeiter. Dafür aber sollen die verblüdeten Regierungen eintreten, daß die autoritative Stellung des Unternehmers und Arbeitgebers in seinen Betrieben nicht angetastet wird. Die Regierung habe dann auch die Pflicht, die deutschen Arbeiter von der "Schreckensherrschaft" der Sozialdemokratie und ihrer Organisationen zu befreien. Was die Industriellen damit meinen, sprach Herr Kirdorf beim Festmahl deutlicher aus. Kirdorf betonte in seiner Rede die Notwendigkeit der Geschlossenheit innerhalb der Industrie, besonders eines geschlossenen Kampfes gegen die Umsturzparteien. Dieser Umsturz geht nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von den anderen Arbeiterschaften aus, gemeint sind auch die christlichen Gewerkschaften.

Die Leiter der Industrie nahmen keine andere Stellung ein, als daß sie die ersten Beamten der Industrie seien. Mögen die Vertreter der Regierung überzeugt sein, daß die Unternehmer es für nötig gehalten haben, meine sie dem sozialen Strom nicht folgen und daß sie hemmt seien, die Lebensfähigkeit der Industrie zu erhalten. Der Handelsminister Delbrück, der dann das Wort nahm, zwang sich zu einer Rede, die sehr deplatziert zeigte, welchen Respekt die Regierung vor den Industriellen hat. Er meinte, die Regierung brauche sich nicht in den Bann von Kirdorfs Anschaunungen bringen lassen, aber diese Rede hätte in der öffentlichen Meinung mehr geschadet, als manche bittre Tat. Wir wollen die Kameraden unter Arbeitern sein. Die "Frankfurter Zeitung" gibt hier den Wortlaut wieder, moraus man er sieht, wie die Kameradschaftlichkeit aussiegen soll. Der Satz lautet:

"Wir wollen unseren Arbeitern gegenüber nicht den Herrenstandpunkt vertreten, sondern wir wollen das Ma-

von Kommandogewalt haben, daß der höhere Offizier über den niederen Offizier, der Lieutenant über seine Soldaten hat und haben muss, wenn nicht der Betrieb in Sicherheit gehen soll."

Das ist schön gesprochen in einer Zeit, wo man von der Kommandogewalt beim Militär so bewundernswerte Geiste hat. Die Kameraden könnten sich gratulieren, wenn es wirklich so weit käme. Und Siehe gung die alte Delbrück dahin, nicht nüch anzusprechen, was man denkt.

Darauf hat Herr Dr. Beumer dem Herrn Minister nach der "Kölnerischen Zeitung" sofort unter dem lebhaften Beifall der großen Schriftmachergesellschaft erwidert, daß die Herren sehr erfreut und dem Minister sehr dankbar sein würden, wenn er dazu helfen wollte, dies Maß der Disziplin den Arbeitgebern in die Hand zu geben. In diesem Sinne nehme man durchaus die Kameradschaft mit den Arbeitern an."

Was sagen nun die christlichen Arbeiter zu diesen Auslassungen von Negierungsvorträgen und von Industriellen? Merken Sie nicht, daß der Geist des Kapitalismus beide Seiten in Vonne setzt? Merken nicht die christlichen Arbeiter, daß ein innigeres Verhältnis die Industriellen und die Arbeiter erhielten überhaupt keinen Abschlag, jetzt erklärt er, sie hätten in den letzten 20 bis 30 Monaten — genauer weiß ich Herr Rößner nicht — keinen mehr erhalten. Wohl wird er demnächst berichten, daß die Beamten in den letzten 5 bis 10 Monaten keinen Abschlag mehr erhalten haben usw. mit Graze. Interessant ist auch das Eingekändnis, daß den Arbeitern die Konventionalstrafe nicht abgehalten würde, weil den "Geheimen" der "mangelnden" Gesetzes nicht ergänzt werden sollte. Die Arbeiter werden ob solcher "Humanität" sicher bis zu Traenen gerührt sein. Etwas unzweckmäßig zwar, hat Herr Rößner hiermit aber auch zugestanden, daß er sich vor den "Geheimen" fürchtet. Man fürchtet sich aber nur, wenn man dazu Urfache hat, also beweist die Furcht, die Herr Rößner vor den Geheimen zeigt, daß etwas faul sein muß im Staate Dänemark. Wir halten übrigens unsere gemachten Behauptungen trotz der Berichtigung aufrecht, nicht nur von den uns angeführten 11 Arbeitern, sondern noch einer größeren Zahl sind die Konventionalstrafen abgehalten worden. Auch einen solchen Fall aus allerneuester Zeit können wir anführen. Im September wurden einem Übertagsarbeiter 15,00 M. abgehalten, weil er angeblich nicht vorsätzlich gefordert hatte. Der arme Teufel verdiente nur 2,50 M. pro Schicht, trotzdem wurden ihm die sechs Schichten als Konventionalstrafe abgehalten. Wir können danach das Urteil darüber, wer mit unsinnigen Unwahrheiten hausieren geht, richtig der Öffentlichkeit überlassen. Auf Grund des fassenen § 11 hat Herr Rößner jetzt wieder das Wort, oder sollten wir uns täuschen?

Bergschüler und Streikbruch.

Mehrere frühere Bergschüler erschien in der Nummer 252 der "Bochumer Zeitung" am 20. Oktober 1907 folgende Mitteilung an das Publikum:

"In ganz eigenartiger Weise scheint dieses Jahr wiederum der Leiter der Bergschule zu Bochum gehandelt zu haben. Als im Jahre 1904 (soll wohl heißen 1905) im Ruhrrevier der allgemeine Bergarbeiterstreik ausbrach, erließ der Bergschuldirektor Heise an sämtliche Bergvorschulen ein Schreiben, daß keiner der Schüler sich an dem Streik beteiligen dürfe, sonst seine sofortige Entlassung bevorstehe und an eine Aufnahme auf die Bergschule nicht mehr zu denken sei. Aus Furcht und in der Hoffnung, ein späterer Beamter zu werden, setzte ein solcher Aspirant sein Leben in der damaligen gefährlichen Periode aufs Spiel und ließ sich nicht selten von Schuleuten zur Arbeit bringen. Da wir die volle Überzeugung haben, daß die Vorstufen des Kurses 1904 bis 1906 in den Aufnahmeverprüfungen auf die Bergschule gerade so gute Werke abgeleistet haben, wie die übrigen Schüler, so wurden sie teilweise dennoch aufgenommen. Also ein klarer Beweis, daß solche Bergleute sich wegen ihrer Arbeitswilligkeit bei den Menschen hohn und Spott, bei ihren Arbeitskollegen Verachtung erworben haben und an ihrem ferneren Fortkommen gehindert sind. Selbst der vor kurzem in Bochum getragene Marineappell scheint bei der diesjährigen Aufnahmeverprüfung einen Einfluss gehabt zu haben. Also werte Mitschüler, geht die Mahnung an euch, werdet in Zukunft keine Streikbrecher; denn ihr seht hieraus, daß ihr nicht nur anderen, sondern auch euch selbst schadet."

Mehrere frühere Bergschüler: Kaspar St., Karl H., Wilhelm Th."

Die Bergschule in Bochum als Institut für Streikbrecher, d. i. was uns neu und interessant erscheint. Aber noch interessanter ist es, mit den Fingern bis in die Bergvorschule hineinzulaufen, um dort mit Drohungen die Bergarbeiter, keine Bergschüler, von Gebrauch ihres Koalitionsrechtes abzuraten. Abzuraten ist wohl hier ein verkehrt angewandtes Wort. Wie kommt Herr Bergschuldirektor Professor Heise dazu, sich brieslich an die Schüler der Bergvorschulen zu wenden. Von wem wurde er beauftragt und wer gab ihm das Recht, die sofortige Entlassung auszudrohen, falls sich die Bergleute nicht zu denken sei? Die Bergschule ist nicht Schule des Kursus 1904 bis 1906 in den Aufnahmeverprüfungen auf die Bergschule gerade so gute Werke abgeleistet haben, wie die übrigen Schüler, so wurden sie teilweise dennoch aufgenommen. Also ein klarer Beweis, daß solche Bergleute sich wegen ihrer Arbeitswilligkeit bei den Menschen hohn und Spott, bei ihren

sich der Herr recht wohl, wenn er sich nur noch unter seinemgleichen befindet und den Mittel der organisierten Bergarbeiter nicht mehr zu ertragen braucht.

Sodingen. Der Kriegerverein auf der Suche nach Altveterandlern. Die Mitglieder vom alten Verband müssen doch famose Freunde sein, beschäigt sich doch der Kriegerverein allmonatlich in seinen Versammlungen damit, und wird es nicht mehr lange dauern, dann will man der Kriegerverein seine "parteiische" Bekennung verloren, nur, weil man sich vorwährend mit Sozialdemokraten und Altveterändern beschäftigt. Nun hat der Verein wiederum eine Liste von 10 Mann, Altveteränder, die ihn herausgeschnitten werden sollen. Ein Mann sprach schon bei uns vor und erfuhr, um Zukunft, warum man ihn aus dem Kriegerverein herausgeworfen wolle, da er doch im Gewerkschaften sei. Wir warten schon, wenn die anderen neun Männer kommen, man lernt die Leute kennen, die wahrscheinlich nicht staatsgefährlich sind und trotzdem müssen sie fliegen. Wenn der verunglückte Kamerad Stabbi wüßte, daß seinem wegen der ganzen Kriegerverein am rumoren ist, er drehe sich in Grabe um. An die zehn Männer, die nächstens "gehängt" werden sollen, richten wir die Frage: Hat auch der Kriegerverein versprochen, daß sie einzutreten, das neue Knappeschaftsstatut nicht so viele Verschlechterungen enthalten wird, noch ihr aus dem Verband geht? Ganz bestimmt stimmt er sich nicht daran, denn die leitenden Personen (Geschäftsleute) stimmen sich nur mit ihrer eigenen Existenz, das Schicksal der Bergarbeiter ist ihnen gleichgültig. Die Beamten aber können froh sein, daß ein Verband eröffnet, ihnen manches haben sie demselben zu verdanken. Warum hat man denn jetzt einen Steigerverband gegründet? Um die materiellen Interessen der Arbeiter zu schützen, man sich im Kriegerverein nicht, das geschieht außergewöhnlich nicht zu seinen Aufgaben. In den Aufgaben der Kriegervereine gehörte nur, die Arbeiter im Interesse der Unternehmer noch nicht zu verhindern, damit sie nicht zur Erkenntnis ihrer Klasse gelangen. Darum Kameraden, stärkt den Verband, raus aus dem Kriegerverein, das muß die Parole sein. Den Widerwillen von Sodingen und Umgegend möchten wir raten, dem Kriegerverein fern zu bleiben und sich dem Verbande anzuschließen, auch dieser gewöhlt den Widerwillen freien Gültigkeit.

Sölde. Zur Volksfrage in Sölde diene den Kameraden von Sölde und Umgegend folgendes zur Klärung: Die Lokalverwaltung des Herrn Heimann hat eine längere Vorgeschichte. Im Frühjahr dieses Jahres habe ich mit mehreren Kameraden mit Herrn Heimann wegen des Lokals unterhandelt. Damals erklärte uns Herr Heimann, wir sollten zur Stiftsbrauerei übergehen, wenn uns die Brauerei das Lokal geben würde, sei er gern damit zufrieden. Herr Heimann sagte uns aber nicht, daß damals, wie sich in Wirklichkeit jetzt herausgestellt hat, der Saal noch nicht konzessioniert war. Dement ist noch, daß vor dieser fraglichen Unterredung schon Kameraden bei der Stiftsbrauerei wegen des Lokals vorgesprochen hatten, und daß denselben auch gesagt wurde, daß die Konzession noch nicht für den Saal erteilt sei. Die Angaben der Stiftsbrauerei sind, aber damals so recht keinen Glauben, weil bei der fraglichen Unterredung Herr Heimann nichts von der Konzession sagte, sondern nur die Schuld auf die Brauerei wälzte. Hätte Herr Heimann in Wirklichkeit die Absicht gehabt, den Arbeitern das Lokal zu geben, dann hätte er uns damals mitteilen müssen, daß er das Lokal bekommt und einschenken lernt, daß er auch ein Recht hat zu leben und an den Kulturerneuerungsmaßnahmen teilzunehmen, sobald er Forderungen auf eine menschenwürdige Existenz erhebt, ist bei den Sozialdemokraten, zum Heger und Kunstdizler usw. gestempelt und gilt damit nach Lage unserer heutigen Verhältnisse im gewissen Sinne als vogelfrei. Durch die Art ihrer Kampfweise gegen die freien Gewerkschaften haben die obengenannten leider seit vielen Jahren dieser durchaus unwahren und unehrlichen Taktik des Unternehmertums Vorschub geleistet. Niemand hat mehr über sozialdemokratischen Terrorismus, über sozialdemokratische Verhetzung der Arbeiter, Peter und Paulus geschrieben, wie geade die Krolit-Korsant-Napieralst und Genossen; sahen dieselben doch im gewissen Sinne dieses als ihre besondere Aufgabe an. Die Toren haben anscheinend auch heute noch nicht eingesehen, welche Waffen sie damit dem Unternehmertum gegen die Arbeiter schmiedeten, sie dachten anscheinend nicht daran, daß sich diese Waffen auch einmal gegen ihre eigenen Mitglieder richten könnten. Was wie voraussehen und voraussagen ist eingetroffen. Überall wo die Arbeiter Forderungen erheben oder in Wahlkämpfen treten, lamentiert nicht nur das Unternehmertum, sondern alle Arbeiterfeinde über Verhölung und Terrorismus. Die elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Oberschlesien sind so bekannt, daß man darüber kein Wort zu verlieren braucht und ist es garnicht zu verwundern, wenn sich die Empfehlung, ja die Verzweiflung der geschiedenen Arbeiter von Zeit zu Zeit in wilden Streiks Lust macht. So berichtet jetzt das Unternehmerorgan, die "Oberschlesische Grenzzeitung", in ihrer Nummer vom 15. Oktober über einen derartigen Streik auf der Silesia-Binckhütte in folgender sehr charakteristischer Weise:

"Der Streik auf der Silesia-Binckhütte in Lipino ist beendet. Am Donnerstag traten dorthin über 100 Mann in den Ausstand, nachdem ihnen erklärt worden war, daß ihre Forderungen augenblicklich keine Erfüllung finden würden. Sie forderten, weil sowohl der Hüttenmeister als der Betriebsleiter der Stiftsbrauerei in meiner Gegenwart sagten, Herr Heimann, wenn Sie das Lokal nicht freigeben, werden Sie gefeuigt, auch da bleib Herr Heimann fest und sagte nein. Mag die Stiftsbrauerei in ihrem eigenen Interesse, wenn Herr Heimann den Arbeitern das Lokal nicht zur Verfügung stellt, ihre Drohung gegen Heimann wahr machen und einen Mann in die Wirtschaft segeln, der jedem Bürger sein Lokal zur Verfügung stellt. Nach der Stellungnahme der Stiftsbrauerei in der Angelegenheit liegt natürlich für uns keine Vergleichung vor, das Stiftsbier nicht zu trinken. Das Lokal des Wirts Heimann bleibt aber selbstredend nach wie vor gesperrt. Wir erwarten aber auch, daß die Stiftsbrauerei Wort hält. Nun, Arbeiter von Sölde und Umgegend, zeigt Herr Heimann, daß er uns noch lange nicht bilden kann, was er will. Betrete kein Arbeiter das Lokal von Heimann, dann soll auch wohl der hochsahende Herr Heimann zur besseren Einsicht kommen." G. Hansmann.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Gießen. Steiger als Lohnkellner. Ansässig des "Bergmannsages" in Gießen, hatte die Mansfelder Gewerkschaft die "Fergmänner", die daran teilnahmen, zu einer Besichtigung ihrer Werke eingeladen. Selbstverständlich schätzte auch bei dieser Gelegenheit das obligate Festessen nicht. Da man nun bei diesem Festessen unter sich bleiben wollte, ordnete die Direktion der Gewerkschaft an, daß jedes Rektor eine Anzahl Steiger zur Verstärkung zu stellen habe, die angefan mit der Paradeuniform, als Kellner jungieren sollten. Über nicht alle Steiger, die dazu bestimmt waren, waren sich der "Chre" bewußt, die man ihnen antat. Ein auch als Lohnkellner bestimmter Beamter fertigte eine Zeichnung an, auf welcher die geplante Entmündigung der Beamten auf das Kreuz fixiert war. Die Zeichnung trug die Unterschrift: "Zur Standeserhöhung der Mansfelder Steiger am 12. Sept. 07." Diese Zeichnung wurde der Direktion übermittelt und zwar von solchen Beamten, die gern "Grob Kind" bleiben wollten. Die erste Folge war, daß die Direktion auf die Kellnerdienste verzichtete. Dann zitierte man sofort die Schuldigkeit vor den Richterstuhl der Direktion und so fortige Entlassung war das Resultat. Wie konnten auch die Beamten die unglaubliche Frechheit besitzen ein Chregefühl ihr eigen zu nennen. Das ist für einen Mansfelder, ob Steiger oder Arbeiter, nicht nur unheimlicher Ballast, sondern, wie vorstehender Fall beweist, direkt gefährlich. Wegen der Zeichnung wurden auf Schacht Hohenberg zwei Beamte entlassen. Auf Schacht Otto wurden ebenfalls zwei Beamte entlassen die man mit dieser Affäre in Verbindung bringt. Auf Schacht Hermann wurde einer entlassen, der sich der neuen Steigerorganisation angegeschlossen hatte. Jetzt haben sich noch sieben Mann solidarisch erklärt und sind freiwillig gegangen, um nicht später doch noch bei irgend einer Gelegenheit als Lohnkellner oder Haussknecht bestimmt zu werden. Wann werden einmal die Beamten aufzuwachen und sich auf ihre Rechte befreien? Wann werden sie die unmündigen Zustände beseitigen, unter denen sie jetzt noch vegetieren? Oder will man sich auch in Zukunft als Hansmurst und Hurtscheier gebrauchen lassen?

Königreich Sachsen.

Grimma. Die Braunkohlenarbeiter sind bekanntlich was "Sollwohlstand" anbelangt die rücksichtlosester Seite unter der gesamten Bergarbeiterchaft. Man betrachte nur die Knappeschaftsverhältnisse in den Braunkohlenbezirken. Von Jahr zu Jahr steigen die Kranken- und Unfallziffern. Die Erklärung hierfür ist nicht schwer zu finden. Man muß diese Kosten und Lager nach Kohlen raus raus mit Rücksicht haben, man will wissen, daß bei den bestehenden Bedingungen es den Arbeitern einfach unmöglich ist, die bergpolizeilichen, Bergaufseher einzuhalten, und wenn man genau weiß wie die medizinischen Gebrüder dazu führen, daß selbst unter größter Lebensgefahr das "Soll" der Förderung erstrebt wird, selbst auf die Schacht hin, daß der Druck zusammenhängt, kann man die beiden Kranken- und Unfallziffern im Braunkohlenbergbau verstehen. Bezeichnend ist, daß im einzigen Bezirk die Knappeschaftsliste früher nicht zu den bestehenden gehörte, obwohl man hier den Arbeitern vorzuherrschen drohte, "ihre braucht keinen Verband". Vor der letzten Beitrags erhöhung stand hier bereits schon eine Mitgliedschaft "Kosten" und waren beigedient die Kameraden der Emiliengrube dem Verbande angegeschlossen. Wenig gewöhnliche Erkenntnis mag hier die Schuld gemeinsen sein, daß durch die Beitrags erhöhung das mühsame Errungen geblieben ist, mit wenigen Kameraden blieben den Verbänden treu. Doch der Bergmannsagesgebundene hatte Wurzeln gefaßt und vor allem die überaus

die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation beizubringen. Besonders aber als die Kameraden im Bergarbeiter Becken in eine Bahn bewegung einzutreten, der sich auch die Belegschaften im Grimmaer Becken anschlossen, wurde der frühere Fehler eingeschlagen und man ging an die Schaffung einer Organisation. Mit neuer Kraft wurde wieder aufgebaut, damit baldmöglich etwas extraktivere Verhältnisse geschaffen würden. Doch ohne Kampf sollte es nicht abgehen. Der Obersteiger Hermann war an die alte Methode gewöhnt. Löhne von 2,10 bis höchstens 3,50 Mk. zu zahlen und er trat den Bestrebungen der Arbeiter darum in der schärfsten Weise entgegen. Jeder freie Wille muß unterdrückt werden. Ich bestimme und ihr gebrecht, das sind die Grundzüge dieses Herrn den Arbeitern gegenüber. Auch all den vielen Arbeitersklaven, die sich bereits abspielten, hat der Herr nichts gelernt, und er glaubt durch Maßregelungen den Arbeitern bewußt unterdrücken zu können. Wir erinnern uns noch sehr gut der schillernden Bergarbeiterversammlungen, nach deren Schluss die Beamten eine ausnahmsweise Arbeiterschönlichkeit zeigten und mit Bier und Schnaps den Eindruck über das in der Versammlung Gehörte bei den Bergarbeitern wieder zu verloren suchen. Anfangs ließen sich die Arbeiter auch wirklich tönen, doch als man ohne Rücksicht auf jahrelange auftriebentstellende Leistungen auf Emiliengrube neun Kameraden aus Straßenpflaster warf, leerten sie den wahren Charakter dieser Herren kennen. Auch die Frauen der betreffenden Kameraden deuten nun ebenfalls bei Gelegenheit über speziell, haben einen schönen Begriff von der Arbeiterschönlichkeit der Unternehmer bekommen, sie haben einsehen gelernt, daß man von sozialistischer Gestaltung und den schönen Nebensachen nicht leben kann. Weil die Kameraden sich organisierten und das ihnen gesetzlich zustehende Recht in Anspruch nahmen, um bessere Zustände zu schaffen, wurden sie Trotz gebracht. Die leichten Bergarbeiterveranstaltungen brachte schlimme Zustände aus Tageslicht, die Beamten suchten mit kleinstem Mitteln die Sache anders darzustellen. Fest steht aber, daß in hygienischer Beziehung die Gruben im Grimmaer Becken einfach allem Böhn sprechen und daß die zehn bis zwölfständige Bergarbeit als Nebenbeschäftigung betrachtet wird, denn die Löhne sind so schlecht, daß nur mit Hilfe von Nachtfeldern der notwendigste Lebensunterhalt bei den meisten Kameraden bestritten wird. Diese unhalbaren Zustände zu beseitigen, haben sich unsere Mitglieder zur Aufgabe gemacht. Aufgabe der übrigen Belegschaftsmitglieder ist es nun, dieses angefangene Werk mit zur Durchführung zu bringen. Stelle sie sich in die Kelchen der organisierten Kameraden, arbeite jeder mit an dieser Kulturarbeit, dann werden in allerhastiger Zeit menschliche Zustände auf den Gruben des Grimmaer Bezirks errungen werden. Die Antwort auf die Gewaltmaßnahmen des Obersteigers Hermann muß von Seiten der Arbeitern heißen: Masseneintritt in die Organisation.

Oberbergamtbezirk Breslau.

Lipine. Die Krolit-Korsant-Napieralst und Co. ernten was sie gesetzt. Die Unternehmer bedienten bekanntlich alle Arbeiter in gleicher Weise aus, ohne nach der politischen oder religiösen Überzeugung, solange dieselben mit allem zufrieden sind, sonderlich zu fragen. Sobald aber der Arbeiter sich seiner Würde als Mensch bewußt wird und einschenkt, daß er auch ein Recht hat zu leben und an den Kulturerneuerungsmaßnahmen teilzunehmen, sobald er Forderungen auf eine menschenwürdige Existenz erhebt, ist bei den Sozialdemokraten die Liebe alle, der Betreffende wird zum Sozialdemokraten, zum Heger und Kunstdizler usw. gestempelt und gilt damit nach Lage unserer heutigen Verhältnisse im gewissen Sinne als vogelfrei. Durch die Art ihrer Kampfweise gegen die freien Gewerkschaften haben die obengenannten leider seit vielen Jahren dieser durchaus unwahren und unehrlichen Taktik des Unternehmertums Vorschub geleistet. Niemand hat mehr über sozialdemokratischen Terrorismus, über sozialdemokratische Verhetzung der Arbeiter, Peter und Paulus geschrieben, wie geade die Krolit-Korsant-Napieralst und Genossen; sahen dieselben doch im gewissen Sinne dieses als ihre besondere Aufgabe an. Die Toren haben anscheinend auch heute noch nicht eingesehen, welche Waffen sie damit dem Unternehmertum gegen die Arbeiter schmiedeten, sie dachten anscheinend nicht daran, daß sich diese Waffen auch einmal gegen ihre eigenen Mitglieder richten könnten. Was wie voraussehen und voraussagen ist eingetroffen. Überall wo die Arbeiter Forderungen erheben oder in Wahlkämpfen treten, lamentiert nicht nur das Unternehmertum, sondern alle Arbeiterfeinde über Verhölung und Terrorismus. Die elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Oberschlesien sind so bekannt, daß man darüber kein Wort zu verlieren braucht und ist es garnicht zu verwundern, wenn sich die Empfehlung, ja die Verzweiflung der geschiedenen Arbeiter von Zeit zu Zeit in wilden Streiks Lust macht. So berichtet jetzt das Unternehmerorgan, die "Oberschlesische Grenzzeitung", in ihrer Nummer vom 15. Oktober über einen derartigen Streik auf der Silesia-Binckhütte in folgender sehr charakteristischer Weise:

"Der Streik auf der Silesia-Binckhütte in Lipino ist beendet. Am Donnerstag traten dorthin über 100 Mann in den Ausstand, nachdem ihnen erklärt worden war, daß ihre Forderungen augenblicklich keine Erfüllung finden würden. Sie forderten, weil sowohl der Hüttenmeister als der Betriebsleiter der Stiftsbrauerei in meiner Gegenwart sagten, Herr Heimann, wenn Sie das Lokal nicht freigeben, werden Sie gefeuigt, auch da bleib Herr Heimann fest und sagte nein. Mag die Stiftsbrauerei in ihrem eigenen Interesse, wenn Herr Heimann den Arbeitern das Lokal nicht zur Verfügung stellt, ihre Drohung gegen Heimann wahr machen und einen Mann in die Wirtschaft segeln, der jedem Bürger sein Lokal zur Verfügung stellt. Nach der Stellungnahme der Stiftsbrauerei in der Angelegenheit liegt natürlich für uns keine Vergleichung vor, das Stiftsbier nicht zu trinken. Das Lokal des Wirts Heimann bleibt aber selbstredend nach wie vor gesperrt. Wir erwarten aber auch, daß die Stiftsbrauerei Wort hält. Nun, Arbeiter von Sölde und Umgegend, zeigt Herr Heimann, daß er uns noch lange nicht bilden kann, was er will. Betrete kein Arbeiter das Lokal von Heimann, dann soll auch wohl der hochsahende Herr Heimann zur besseren Einsicht kommen." G. Hansmann.

Miesbach. Schöne Erfolge des Bergarbeiterverbandes. Am 6. Oktober stand in Miesbach die Wahl der Beisitzer zum Schiedsgericht für die Knappeschaftssekretion VIII München statt. An der Wahl beteiligten sich 88 Akteure aus Oberbayern, Peissenberg, Penzing, Marienstein, Housham, Rausenheim, Traunstein und Berchtesgaden. Die christlichen Salinenarbeiter, Schirmerlicher Richtung hegten sehr große Hoffnungen, aber schon der erste Wahlgang zeigte, daß für sie kein Boden war. Mit 61 gegen 34 Stimmen ging die Liste des Verbandes glänzend durch. Beim zweiten Wahlgang hatten sich schon viele Christliche, denen es unheimlich zu Mute geworden war, entfernt. Nur hatte noch einer dieser Christlichen unseres Bezirksleiter Gräfner benannt, sodass dieser aus dem Saal gewiesen wurde. Waren diese Leute in ihrem Auftreten bescheiden gewesen, dann hätten unsere Verbandskameraden mit sich wegen der Vertreterwahl reden lassen, zudem waren sie aber auch alle Bergarbeiter darüber klar, daß die Geschäftsklasse nur auf das Konto dieser Leute zu sehen war und sie stellten ihnen daher dafür die gebührende Quittung aus.

Karlsruhe. Im biesigen Krankenhaus herrschen unhaltbare Zustände. Es sind 36 Betten vorhanden, von denen aber nur vier in gutem Zustande sind, die übrigen lassen sehr zu wünschen übrig. Auf Beschwerde über den schlechten Zustand der Betten beim Vorsteher der barmerzigen Brüder, welche das Krankenhaus verwalten, wandte sich dieser an den Vorsitzenden der Krankenkasse, Direktor Fläck von den Saar- und Moselgruben, mit der Bitte, sich von der Bedürftigkeit der Betten zu überzeugen und eine Nacht in einem derselben zu schlafen. Der Herr fand es aber anscheinend nicht für nötig Abhilfe zu schaffen, denn bis jetzt befinden sich die Betten noch in dem alten schlechten Zustand. Auf das Ansuchen des Vorstechers, in einem der Betten eine Nacht zu schlafen und sich dadurch von der Bedürftigkeit zu überzeugen, soll er sogar geantwortet haben: Sie dürfen mich aber nicht mit einem kranken Bergmann vergleichen! Nach den Bestimmungen der Haushaltordnung können die Krankenenden Bergarbeiter zu Arbeiten herangezogen werden. Diese Bestimmungen machen sich die barmerzigen Brüder auch in sehr weitem Maße zu Nutze, denn die Kranken werden zu allen möglichen Arbeiten herangezogen, z. B. Kartoffel-Müsli- und Gattenküche auszurichten, ja sogar ein Glasbans für Blumen ist von den Kranken gebaut worden. Ein krankerender Arbeiter vom Schacht VI arbeitet häufig von morgens bis abends in der Schreinerei und soll dafür soweit möglich erhalten, daß er manchmal angetrieben in den Saal kommt und die übrigen Kranken stört. Der Glasbansverkäufer von Karlsruhe findet hier ebenfalls sehr gutes Absatz, soll es doch vor kommen, daß kein Kranke an einem Tage 10-20 Gläsern

getrunken haben. Dadurch werden die Kranken doch nur zur unnötigen Ausgabe ihres ohnehin klämmerischen Krankengeldes veranlaßt und zudem muss das viele Biertrinken auch direkt schädlich wirken. Man sollte es nicht für möglich halten, daß so etwas in einem von barmerzigen Brüdern geleiteten Krankenhaus vorkommen kann.

Peissenberg. Wie wir schon in unserer Nr. 17 mitteilten, haben unsere Kameraden gegen die am 14. April hier stattgefundenen Arbeiterausschreibungen wegen der dabei vorgenommenen Verstöße und ungerechten Praktiken der Beamten Protest eingelegt. Diesem Protest ist jetzt statgegeben worden und fand in am 8. Oktober die Neuwahlen statt, welche mit einem glänzenden Erfolg für den Verband endeten. Infolge der ungerechten Praktiken der Belegschaften hatten es bei der Wahl im April die Belegschaften auf 315 Stimmen gebracht, während die Verbandskameraden mit 309 Stimmen unterlagen. Diesmal erhielten die Belegschaften nur 229 Stimmen, während die Verbandskandidaten 287 Stimmen erhielten, also mit einer Mehrheit von 58 Stimmen siegten. Sie haben sich die ungerechten Praktiken und Gewaltmaßnahmen der Herren Beamten bitter gerächt. Peissenberg ist eine staatliche Grube und wenn selbst der Staat bei Wahlen zu direkt ungerechte Gewaltmaßnahmen seine Lustigkeit nimmt, daß die Wahl für ungültig erklärt werden muss, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die privaten Unternehmer diesen "leuchtenden" Vorbild nachahmen. An unseren Kameraden in Peissenberg aber liegt es jetzt, ihre gewonnene Position weiter zu festigen und den Verband zu stärken, denn nur dadurch ist es möglich bessere Verhältnisse zu schaffen und der Wille der Beamten dauernd einen Siegel vorgeschoben.

Erläuterung.

Der "Bergknappe" teilt mit, daß ich in Leipzig in der öffentlichen Bergarbeiterversammlung gesagt hatte: Wenn alles das, was mein Freund Hue und Egger gesprochen und geschrieben hätten, in einen Topf geworfen und gekocht würde, so gebe es eine schlechte Suppe. Demgegenüber habe ich zu erklären, daß der "Bergknappe" von seinem Gewährsmann falsch berichtet worden ist. Egger hat in der betr. Versammlung auch erklärt: noch gestern habe Sache und Hue gesagt, es ist noch nicht an die Verschmelzung zu denken. Nach unserer Auskunft bei Kameraden Sachse erklärt dieser, daß dieser Geschichte ist kein Wort wahr. Hier seien wir schon, was wir von der Aussage Eggers, der auf alle Fälle der Verleger des "Bergknappen" ist, zu halten haben. Selbst christliche Kameraden, welche dieses gelesen und der Versammlung beigewohnt haben, vertraten diese Art Berichterstattung des "Bergknappen" über die betr. Versammlung. Ich habe lediglich in der Versammlung gesagt: Von all den Zita'en, welche Egger und Egger vorgebracht hätten, würden die Bergarbeiter keinen Zeller Suppe kochen können, hier müsse praktische Arbeit geleistet werden, was aber am besten durch eine einheitliche Organisation möglich ist. Anton Dunker, Goschelde.

Briefkasten.

Nr. 179 974, März. Alle drei Fragen müssen wir mit "Nein" beantworten.

Abrechnung.

Folgende Zahlstellen haben für den Monat September 1907 bei der Hauptkasse abgerechnet:

Aachen 88,40, Rohrscheid 180,00, Pannerheide 110,90, Herzogenrath 48,90, Würselen 56,90, Höhingen (Aug.) 88, Gordenberg 145,80, Würselen 83,20, Dümpte-Stich 10,50, Berggrath 10, Gostenrath 83,20, Altendorf-Ruhr 238,10, Altendorf-Rheinland 368, Altendorf 120,40, Altendorf 47,60, Altendorf 562,10, Aplerbeck 495,80, Aplerbecksmark 500,80, Aßeln 459, Aßeln 562,10, Eichener (Alt.) 80,40, Aßeln 902,40, Aßelnbuch 402,20, Barsinghausen 21,70, Ilfeld 38,80, Werop 588,80, Bottrop III 72,70 (Okt. 77,40), Beininghausen 195, Münster 155,40, Bergerhausen 225,80, Bergisch-Gladbach 47,80, Beck 218,20, Bedhausen 225,60 (Okt. 205,40), Bergisch Gladbach 502,20, Beuthen 56,10, Bismarckhütte 21, Chopecezo 58,50, Eintrachtstütt 11,30, Friedenshütte 64,80, Königsblütte II 220, Königsblütte 18,90, Ewigheim 38,50, Lippe (Aug.) 52,70, Michowitz 12,80, Oerzgor 25,60, Moosberg 72,40, Noltitz 80,50, Schwentochlowitz 78,90, Schwarzwald 98,10, Einzelmitglieder (Beuthen) 28, Billmert 226,80, Blankenstein 31,60, Blankenstein 28, Böhl 15,40, Böhl 15,40, Böhl 15,40, Böhl

Süderwitz 287,10, Sommerberg (Aug. und Sept.) 48, Grünberg 20,40, Unterweissbach 25,90, Gilschede 311,40, Linna 582,20, Ueberehr 140,90, Sörnstedt 8, Wernholz-Dürholz 493,20, Behren 168,20, Wieschowitz 60,80, Borßigkow 6,80, Dorotheenbor 144,50, Glücksau-Sololone 14,40, Mulfitschütz 17, Poremba 95,40, Paulsdorf 88,90, Rudahammer 8, Sabroza 9, 238,70, Sabroza 9, 24,50, Sabroza-Ult 74, Sabroza Kl. 25,40, Lebach 42,50, Annendorf 82, Wambel 78,90, Wanne 1078,80, Wattenscheid I 980,90, Weitmar I 298,50 (Okt. 208,70), Weitmar II 282,20, Wengern 148,90, Werden-Ruhr 672,00, Werne bei Langenbrück 969,80, Werne a. d. Lippe 284,80, Wolfsrauschen 10, Juli bis inkl. September 98, Westerholt 187,30, Wieschowitz 207,80, Westrich 188,20, Westerhöhe 184,90, Westenfeld 425,10, Wiedede 311,70, Wellinghausen 114,80, Wethingen 628,70, Witzen 547,60, Winz-Bagl 418,10, Wiersbüttel 208,40, Brebenbeck 100, Gehnde (Juli) 16,90, Güllberg 35, Saarbrücken 284,10, Hilbersdorf 10,10 (Okt. 11,80), Hofshagen 51,80, Winsen 68,80, Gele 41,50, Erle II 275, Argestorf 100,40, Frohlinde 103,80, Lichtenau 87,50, Marienhof 277, Willan 237, Gültisch 88,40, Guinsdorf 223, Höhle 149,60, Schebeleis 252, Niederhofstau 652, Rockau 77,90, Niederplanitz 56,70, Wiesen 82, Friedrichswalde 301,50, Reinsdorf 65, Gudau 248, Wöhla 187,60, Oberplanitz 414,80, Uerbach 109,40, Wilsen 88,20, Wielau 301,20, Oberhohnhorf 178, Ebersbrunn 42,50, Wildensels 40, Lichtenau 70,70, Stein 217,20, Wiersleben 275,20, Wiersleben 89,40, Wiersdorf 62, Zippendorf 568,50, Zschipau (Okt.) 125,20, Bebau 883,80 (Okt. 869,80), Barinre 32,50, Berndorf 58, Vorra 276, Boeken 18,70, Beurenburg 181,40, Vietzig 88,70, Borne 57,00, Böditz 53,50, Blunwald 69,70, Bwenau 44 (Okt. 46,80), Cossebau 187,80, Calbe 78,20, Bauderode (Okt.) 128,80, Döllig 77,70, Drebau 59,60, Deuben I 53,60, Döhlau 73,80, Deuben II 121,70, Dübris 112,80, Hochriegsde 89,60, Geiß 602,80, Edderitz (Juni bis inkl. Aug.) 22,80, Eichfeld 40,50, Eipen 170,20, Dobrastroh 9,80, Gattersleben 16, Große (Aug. und Sept.) 28, Frohburg 88, Langwarterdorf 89,70, Groß-Kötzig 97,80, Glüsten 40, Gotha 208, Gräben 259,90 (Okt. 223,80), Gauernitz 57,20, Großsch 58, Gubin (Aug. und Sept.) 100,80, Hörlitz 70, Helsa 20, Heslingen 81, Hirschfelde 153,40, Hohenmölsen 758,00, Höntzeleben 244,50, Halle 81,80, Hoym 100, Hartau 117, Krayna 104,20, Kreuzschau 308,00, Körnitz 10, Klein-Naundorf 257,80, Kleist 24,10 (Okt. 208,80), Küßen 45,50, Lüdenau 519,90, Lehesten 15,20 (Okt. 10,40), Leisendorf 80, Stollberg 204,00, Elsbach 168,40, Mitteldorf 40,50, Oberlungwitz 76,20, Neukirchberg 90,60, Röhrsdorf 1162,50, Reinsdorf 1848,70, Reutewitz 101,40, Röhlitz 45,10, Niederwitzsch 58, Reinhardsdorf 114,90, Rohnsdorf 847,40, Röthenstein 472,20, Neudörfel 142,50, Röhrsdorf 170,80, Lugau 580, Diverse Chünahme Lugau 0,70, Lichtenau 61,90, Lettin 45,20, Leibendorf 88,50, Markranstädt 94, Mittelhain 147,70, Meura 80, Meuselwitz 98,80, Mühlitz 76, Naundorf 230,60 (Okt. 110,10), Ottobrunn 40, Oberböhlingen 138,40, Mosermannsfeld 12,50, Wintersdorf 587,00, Neugersdorf 76,20, Reichau 127,80, Rehmsdorf 356,10, Rödlitz 588, Neppitz 98, Neubersdorf 66,90, Rauen 140, Altmässer (Okt.) 1888,40, Alt-Wölzig 610,70, Hellenthaler 988,10 (Okt. 868,60), Hellenthaler-Grenze 524,70, Gottsberg 1454, Hermsdorf-Stadt (Juli bis inkl. Sept.) 13,70, Hausdorf-Hausrede 1052,40, Hermsdorf 731,00 (Okt. 784,00), Liebersdorf 188,40, Neu-Schabrunn 1008,10, Schwarzwaldau 680,60, Waldeburg 257,10 (Okt. 180,10), Weißstein 777,80, Vierstadt 57,80, Eggenitz 14,80, Hultschin 38,80, Neukirch 20,20, Noblau 100,10, Niederschön 21,50, Niederschön 32,80, Pöhlitz 27, Petershöfen 226, Rydnitz 64,20, Sennin 12,80, Röbitz (Einzelschaftsleiter) 17,40, Groß-Germersleben 92, Stedten 300,00, Seifertberg I 401, Seifertberg II 800,50, Seifertberg III 248, Saitz 146,20, Stuttgart 40,70, Salgau 70,80, Schöningen 28, Steinbach (Juli inkl. Sept.) 54,80 (Oktober) 88,70, Groppenstedt 174,80, Threna 61,10 (Okt.) 67,70, Tirschau 107,80, Teuchern 778,70, Trebnitz 382,80 (Okt.) 286,50, Theissen 307,90 (Okt.) 387,90, Tarthum 127,80, Deutschenthal 322,90, Unter-Unterwischau 88,40, Unseburg 107,—, Beindorf 38,—, Welschusse 215,80, Weißig 84,60, Weißwasser 46,—, Wildenhain 120,50, Wollenau (Okt.) 18,20, Döllschhausen-Lieginghausen 61,80, Trais-Horloff 52,90, Bönnigk 51,80, Uelleendorf 181,80, Ahnen 104,00, Gelsenkirchen VIII 178,50, Westeregeln 874,20, Obernischen 146,20, Eggersleben 80,—, Salzgitterföhr 0,—, Wölmersleben 169,—, Süderburg 221,—, Hohleborn 74,00, Wittmar (August) 88,80, Gräfinhagen 99,50, Mohau 87,80, Hesselfeld 4,—, Oberlausungen 11,20, Hamm-Nord 155,80, Bonnaben 80,20, Mart 20,—, Gießen 20,—, Tiefenbach 20,—, Neu-Weißstein (Okt.) 35,50, Homburg 71,70, Hochde 878,—, Moers-Hochstr. 580,10, Schwalmheim 68,90, Wiers 227,10, Lehmküller (Aug. und Sept.) 21,—, Lauf 19,90 Mt.

Folgende Zahlstellen haben für den Monat September noch nicht abgerechnet:

Höingen, Charlottenhof, Kochlowitz, Lipine, Neudorf, Scharley, Bleicherode, Dinslaken, Gierswalde, Henrichenburg, Hardesgen, Höhensalza, Merlenbach, Spittel, Nachweiler, Louvershausen, Velkenberg, Römmen, Wahnbeck, Lemberg, Wathlingen, Philippsthal, Kunzendorf, Wallrop, Argesleben, Schubke, Göllingen, Rhade, Annahütte, Beendorf, Barnberg, Böditz, Beiersdorf, Hornhausen, Höheneichen, Lauterberg, Lohstedt, Neu-Betzow, Bölpke, Stauno, Neu-Wendendorf, Clettewitz, Steinach, Helmstedt, Sandersdorf, Osterbergen, Gallenberg, Hadmersleben, Wittmar, Hainrode, Sulzbach, Auerbach, Frielendorf, Ober-Möllbach, Groß-Döhren, Gombeck, Steinberg.

Der Verbands-Kassierer:
Paul Horn.

Berbandsnachrichten.

An unsere Zahlstellen-Verwaltungen.

Wir machen es den Zahlstellen-Verwaltungen zur Pflicht, möglichst schon im November die Zahlstellen-Verwaltungen zur Pflicht, möglichst für das Jahr 1908 mäßigen zu lassen. Im Dezember darf die Mitglieder-Versammlungen meist nicht so stark besucht als sonst, so dass die Wahl nicht vorgenommen werden kann. Man sehe also schon in der November-Versammlung die Neuwahl der Ortsverwaltung auf die Tagesordnung. Der Wechsel der Geschäftsführung von den eventuellen Neugewählten beginnt natürlich erst mit dem Geschäftsjahr 1908. Die Mitglieder sind verpflichtet die Versammlungen besser zu besuchen.

Achtung Kassenvertreter

im Augau-Dörrnauer Revier.

Sonntag, den 10. Novbr.,

nachmittags 4 Uhr,

im Restaurant Bösel, "Grünes Tal", in Augau.

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder und Steuertaxeinstellung.

2. Erläuterung des Pensionklassen-

3. Anträge.

4. Stellungnahme z. Schiedsgerichts-

beiträgen.

5. Vereinsangelegenheiten.

Gönliches, pfänkliches Er scheinen

ist Pflicht aller Mitglieder.

Der Vorstand.

Vergessen Sie es nicht!

Lehmann & Assmy,

Tuchfabrik, Spremberg 58

berufen direkt ab Fabrik.

Anzug-, Paletot-,

Juppen-, Hoseng- u.

Westen-Stoffe jedes

Preis an Praktische zu un-

erreicht billigen Preisen. 146,-

Muster an jedermann franco.

Lütgendortmund.

Den Bewohner von Lütgendort-

mund empfiehlt sich meine Tochter als

Steidermacherin

zur Herstellung von Damen- und

Kinderkleider in den einfachsten

und neuern Moden, auch außer dem

Hause. Johanna Schmitt,

489 Provinzialstraße 35 III.

In letzter Zeit sind uns wiederholt, namentlich aus den äußeren Revieren Neuankündigungen aus Ortschaften gemeldet, die im Ortsregister nicht zu finden sind. Dadurch entstehen für uns fortwährend Schwierigkeiten mit der Behörde. Um hier Remedium zu schaffen, ersuchen wir unsere Bezirksleiter sowie Vertreutensleute, zu den angegebenen Ortschaften auch jedesmal den Kreis anzugeben, in welchem die betreffende Ortschaft liegt.

Zur Beachtung für unsere Mitglieder.

Jedes Mitglied ist verpflichtet:

- Pünktlich seine Beiträge zu bezahlen, da sonst Verlust der statutarischen Unterstützungen eintritt.
- Für die Ausbreitung des Verbandes lästig zu sein.
- Durch getötetes Kameradschaftliches Verhalten der Organisation Ehre zu machen.
- Sich bei Umzug oder Abreise von der Zahlstelle ab- und in der neuen Zahlstelle anzumelden.
- Bei Krankheitsfällen, wenn eine 52wochige Mitgliedschaft vorhanden ist, sich nach Ablauf der ersten 14 Tage unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines beim Vertrauensmann zu melden.
- Bei Arbeitslosigkeit, wenn mindestens 52 Wochen volle Beiträge entrichtet sind, sofort beim Vertrauensmann zu melden.
- An allen Mitgliederversammlungen teilzunehmen.
- Die Bestimmungen des Statuts sowie die Beschlüsse der Verbandsorgane, Verbandslage und Mitgliederversammlungen zu befolgen.

Wie uns aus mehreren Zahlstellen mitgeteilt wird, ist bei manchen Mitgliedern die Ansicht vorhanden, dass nach dem seit dem 1. Juli dieses Jahres geltenden Statut unseres Verbandes krankfeiende Mitglieder von der dritten Krankfeierwoche ab vertragfrei sind. Das ist Irrtum. Die Befreiung von der Vertragspflicht kann nach Absatz 7, Absatz 4 unseres Statuts, nur bei solchen Mitgliedern eintreten, welche während des ersten Jahres ihrer Mitgliedschaft krank feiern, also von uns kein Krankheitsfall beziehen. In diesem Falle verlängert sich die Kurezeit für sämtliche Unterstützungen um die Zeit, für welche keine Beiträge gezahlt worden sind. Diejenigen krankfeiernden Mitglieder, welche berechtigt zum Bezug unserer Krankenunterstützung sind, müssen also während der Krankfeierzeit den vollen Beitrag zahlen.

Zum Abschluss des Gesamtvorstandes wurde wegen Verleumdung und Schädigung des Verbandes das bisherige Mitglied Joh. Heinrich, Steele, Buch-Nr. 88857, aus dem Verbande ausgeschlossen.

Weitere Schädigung des Verbandes ist Nr. 58180, Karl Jung, Laer, aus dem Verbande ausgeschlossen.

Der Vorstand.

An die Kameraden des Rothinger Kohlenreviers.

Da der Kamerad Josef Berg auf viele Monate nach Saargemünd in Staatspension gehen muss, so wollen sich unsere Mitglieder während dieser Zeit in Verbandsangelegenheiten an den Kameraden Louis Gottschlich, Neunkirchen, Bez. Trier, Hunsrücker, 2, wenden.

Rechtschutz.

Rothringen. Für das Rothinger Gebiet wird jeden Dienstag nachmittags und Donnerstag vormittags, in Driedenhausen, Brandstr. 16, I. Etage, Rechtschutz erteilt. Nostro compagno Wissmann parla anche la lingua italiana.

Brambauer. Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unsere Zahlstellenversammlung nicht am 10., sondern am 24. November, nachmittags 3½ Uhr, im Saale der Wwe. Wille, stattfinden.

Werne a. d. Lippe. Die Wohnung des Vertrauensmannes befindet sich jetzt im Hause des Wirts Knobloch, Mühlthe Nr. 281.

Derne, Lünen-Süd. Es wird hiermit den Kameraden der beiden Zahlstellen bekannt gegeben, dass die neu erbaute Kolonie Altenberge n. Oberbender zu der Zahlstelle Lünen-Süd gehört. Die Monatsversammlung der Zahlstelle Lünen-Süd findet jeden Sonntag nach Lohnstag, nachmittags 4 Uhr bei Wirt Wilhelm Rebbe in Lünen-Süd statt und dürfte besser wie bisher besucht werden.

Die Ortsverwaltungen.

Bücherrevisionen

finden statt in Weitmar I im Laufe der nächsten Woche; in Börnig-Holthausen vom 15. November ab; in Apfelbeckernmark im Monat November; in Bielefeld am 17. November; in Gelsenkirchen III vom 8. bis 17. November. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Bücher in Bereitschaft zu halten.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

In allen Versammlungen Neuwahl der Ortsverwaltung

Beiersdorf. Jeden zweiten Sonnabend, abends 8 Uhr, im Gasthof Burgberg, Grima. Jeden zweiten Sonnabend im Monat, im Gasthof Burgberg, Marienstraße. Jeden Sonntag nach dem Tagtag, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Dreher; Baffing der Beiträge.

Jeden Sonntag nach dem 5. des Monats:

Hörlitz. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus des Herrn D. Jahr, Hörlitzer Flur.

Hörlitz. Nachmittags 3 Uhr, im "Althalter Hof".

Hörlitz. Nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Herrn Schäfer.

Hörlitz. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof "Zur Lamme" in Börde.

Hörlitz. Nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Herrn W. Kämpf.

Hörlitz. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof "Zum goldenen Adler".

Hörlitz. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof "Zum goldenen Adler".

Hörlitz. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof "Zum goldenen Adler".

Hörlitz. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof "Zum goldenen Adler".

Hörlitz. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof "Zum goldenen Adler".

Achtung! Knappschäftsmitglieder der Provinz Hannover u. Schaumburg-Lippe!

Offentliche

Knappschäfts-Protest-Versammlungen:

Sonntag, den 10. November 1907:

Wittenberg. Nachmittags 2 Uhr, im Bahnhofshotel.

Magdeburg. Nachmittags 3 Uhr, im Hotel des Herrn Reinecke.

Braunschweig. Abends 7 Uhr, im Hotel des Herrn Hartmann.

Stade. Nachmittags 8 Uhr, im Hotel des Herrn Schierenbeck.

Oldenburg. Abends 8 Uhr, im Hotel des Herrn Göse.

Blankenberge. Abends 7 Uhr, im Hotel des Herrn Dettmer.

Goslar/Holzen. Abends 7 Uhr, im "Rathaus".

Goslar/Holzen. Nachmittags 8 Uhr, im Hotel des Herrn Weise.

Goslar/Holzen. Abends 8 Uhr, im Hotel des Herrn Kauls.

Wittingenhausen. Abends 8 Uhr, im Hotel des Herrn Hartendorf.

Legesordnung in allen Versammlungen:

Stellungnahme zur Wiederherstellung des Knappschäftsstatus im Goslarer Knappschäftsverein auf Grund der Vergleichsnovelle vom 10. Juni 1908.

Kommandos auf in die Versammlungen zur Verfechtung eurer Knapp-

schaftsarbeit. Auf zum Protest gegen die Verfechtung eurer Knapp-

schaftsarbeit. Der Einberuf.

Offentliche

Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 10. November 1907:

Wernigerode. Nachmittags 8 Uhr, im Hotel des Herrn Vorwurfs.

Wer verteidigt die Hobeln und was haben die Bergarbeiter von der

Hochschule? Referent zur Stelle.

Düren. Nachmittags 11 Uhr, im Hotel des Herrn Lohner (früher

Korfuher).

Die augenblickliche Lage im Knappschäftswofen und

Verfechtung von der Generalversammlung. Referent zur Stelle.

Schmidtorf. Nachmittags 8 Uhr, im Hotel des Herrn Klapfer

(Joh. Kühnau), Ansbachstraße. — Die Knappschäftsreform und was

wird der Bergarbeiter-Verband?

Stedten u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, (Votabangabe fehlt). — Unser

Knapp. Berichtes. Referent: Kam. Edm. Graf, Gangerhausen.

Stöcken u. Umg. Nachmittags 11 Uhr, im "Haus". — Das

Ergebnis der Generalversammlung des Adg. Knappschäftsvereins und

deiner Bedeutung für die Bergarbeiter. Die bevorstehende Volks-

wahl. Referent zur Stelle.

Sonntag, den 17. November 1907:

Südtheen u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, in der "Reichshalle", Südtheen.

Das Knappschäftswofen in Preußen und die Organisation der Berg-

arbeiter. Referent: Reichstagsabg. Dr. Sachse, Bochum.

Kameraden, erscheint zahlreich in diesen Versammlungen!

14 Tage zur Probe!!

Die brachtvolle Spalte für den Weihnachtsbaum ist mein

Christbaum-Engel-Geläute * Nr. 7000

mit dem Stern von Bethlehem ist mein Engel-Geläute innerhalb

14 Tagen anzuholen über den Betrag beliebig zuzahlbar. Aufträge von

15 Mk. und höher verstehe innerhalb Deutschlands u. Österreich-Ungarns

vortrefflich. Umsonst u. portofrei verlange von meinen prächtigen

Weihnachtskatalog mit großartiger Auswahl in Preisgefechten für Kinder

u. Erwachsenen. Durch den Kauf meiner Waren kann sich jeder-

mann mit leichter Mühe einen schönen Nebenberuf erwerben.

Stahlwarenfabrik Paul Schnittert, und Verhandlung, Wald-Solingen 23

Rheumatiker

gebrachten Dr. E. Reiss „Rheumasan“ D. R.-Pat.

(welche überfüllte Seife mit 10 Proz. Salicyl.)

In ersten Krankenhäusern erprobt und ständig im Ge-
brauch. Empfohlen von bekannten Autoritäten, in- und
ausländischen Kliniken und praktischen Ärzten, auch
bei Gicht - Ischias - Neuralgien. 891

Wirksamstes Mittel.

Erhältlich in den Apotheken Tube 2 Mk., Topf 1,25 Mk.

10000

1/4 natürliche
Örige.

Nr. 9501/2

sollen als Probestück zum Gebrauchspreise verkauft werden, damit jeder von der Güte meiner Fabrikate überzeugen kann. Feder, welcher

1 Mark und 20 Pf. für Porto (Aufnahme 20 Pf. teurer) einzubehalten,

hält oben abgeholtes Reizmittel vom besten Stahl und wider-

standsfähiger Schreibfähigkeit.

Über Jahre Garantie, vier Wagen Prob-

heit, wenn nicht geöffnet. Geld zurück. Rente in Goldstück 15 Pf. extra

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951

Emil Gustav Maus, Solingen 315, u. Verhandlung.

Diese Aufnahme-Oferie hat nur bis 15. Dezember Gültigkeit.

Steckbriefkatalog, darunter Kinderspielwaren und Christbaumzubehör

in großer Auswahl, auf Wunsch gratis und franko. 1951